
LBS Bausparkasse Schleswig-Holstein-Hamburg AG

INHALT

VORWORT	3
LAGEBERICHT	4
BILANZ	21
GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG	23
ANHANG	24
ANGABEN NACH § 26A KWG „OFFENLEGUNG DURCH DIE INSTITUTE“	35
BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS	36
BERICHT DES AUFSICHTSRATS	43
BEWEGUNG DER ZUTEILUNGSMASSE	45
BESTANDBEWEGUNGEN	46

VORWORT

Sehr geehrte Damen und Herren,

in den vergangenen Monaten haben wir gesehen, wie schnell die Zinsen wieder steigen können – wenn auch noch auf moderatem Niveau. Auch unsere Kunden erkennen wieder verstärkt die Notwendigkeit, sich gegen mögliche Zinsanstiege der Zukunft abzusichern.

Bausparen unterstützt hier nachhaltig, sowohl bei der Bildung von Eigenkapital als auch bei der Absicherung der zumeist höchsten Investition im Privatleben, dem Immobilienerwerb, gegen das Risiko steigender Zinsen. Von der Zukunftsfähigkeit des Finanzierungsprodukts Bausparen sind wir aus diesem Grund überzeugt.

Hinter uns liegt ein anspruchsvolles Jahr. Die Einführung des für Landesbausparkassen einheitlichen IT-Systems OSPlus-LBS wurde erfolgreich abgeschlossen und stärkt die Zukunftsfähigkeit unserer LBS. Darüber hinaus haben uns die Rahmenbedingungen auf dem Finanzmarkt im Zuge finanzpolitischer Eingriffe erneut vor Herausforderungen gestellt. Neben den Auswirkungen der Niedrigzinsphase haben nicht zuletzt regulatorische Vorgaben des Aufsichtsrechts insbesondere im IT-Bereich unsere Initiative erfordert.

Mit 1,72 Milliarden € Bausparsumme wurde das hohe Niveau des Neugeschäfts der Vorjahre erneut bestätigt. Der Marktanteil im Geschäftsgebiet stieg abermals - um 1,4 Prozentpunkte auf einen Rekordwert von 37,8 Prozent. Ermöglicht hat dies die gemeinsame Vertriebsstärke mit den Sparkassen in Schleswig-Holstein, der Hamburger Sparkasse AG sowie dem eigenen Außendienst.

Am Jahresende 2017 betreute die LBS über 415.000 Verträge mit einem Volumen von rund 14,8 Mrd. € Bausparsumme. Dies unterstreicht den hohen Stellenwert des Bausparens bei Kunden im Norden.

Gemeinsam mit den Sparkassen steht die LBS als „Bausparkasse der Sparkassen“ für Werte wie Sicherheit, Planbarkeit, Flexibilität, regionale Verbundenheit und Kundennähe. Kunden erwarten zunehmend Transparenz, einfache Prozesse und einen individuellen Dialog - zu einem großen Teil digital geprägt. Unsere strategische Ausrichtung unterstützt die Weiterentwicklung zu einer kundenzentrierten Organisation auf Basis eines tiefgreifenden Verständnisses für den Kunden und seiner Bedarfe. Im Zentrum steht eine starke und langfristige Bindung der Kunden an die LBS.

Wir bedanken uns bei unseren Kunden, unseren Partnern in der Sparkassen-Finanzgruppe, dem eigenen Außendienst und unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für das große Engagement und die gute Zusammenarbeit im erfolgreichen Jahr 2017.

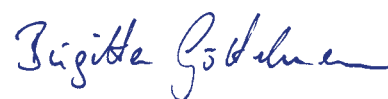
Kiel/Hamburg im Juni 2017

LBS Bausparkasse Schleswig-Holstein-Hamburg AG

Der Vorstand



Jens Grelle



Birgitta Göttelmann

LAGEBERICHT

Grundlagen des Instituts

Die LBS Bausparkasse Schleswig-Holstein-Hamburg AG (LBS) hat ihren Sitz in Kiel und Hamburg. Anteilseigner sind mit 57,5 % der Sparkassen- und Giroverband für Schleswig-Holstein und mit 42,5 % die HASPA Finanzholding. Die LBS ist ein auf die Gewährung von Hypothekarkrediten ausgerichtetes Spezialkreditinstitut. Sie unterliegt den Vorschriften des Kreditwesengesetzes und der Capital Requirement Regulation (CRR) und ist der Aufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht unterworfen. Die allgemeinen Regelungen werden durch Spezialvorschriften im Bausparkassengesetz und der Bausparkassenverordnung ergänzt.

Die LBS hält eine 100 % Beteiligung an der LBS Immobilien GmbH (LBS-I) mit Sitz in Kiel. Die LBS-I betreibt das Immobilienvermittlungsgeschäft über einen eigenen Handelsvertreter-Außendienst sowie in Kooperation mit Sparkassen im Geschäftsgebiet Schleswig-Holstein. Ihr Zweck ist es, die Geschäfte der LBS zu fördern, zu ergänzen und zu erweitern.

Als Bausparkasse der Sparkassen ist die LBS innerhalb der Sparkassen-Finanzgruppe der kompetente Partner rund ums Bauen, Wohnen und Finanzieren in Schleswig-Holstein und Hamburg. Sie ist im Geschäftsgebiet flächendeckend über die örtlichen Sparkassen sowie den LBS-Außendienst vertreten und genießt als Marktführer das Vertrauen von rund 323.000 Kunden in Hamburg und Schleswig-Holstein mit rund 417.000 Verträgen.

Der Kernnutzen des Bausparens als gleichermaßen sicheres und flexibles Immobilienfinanzierungsinstrument entspricht den Bedürfnissen breiter Bevölkerungsschichten. Die Unabhängigkeit des Bauspardarlehens von den Schwankungen des Kapitalmarkts, sein garantierter Zins, die individuellen Freiheiten bei der Besparung des Vertrags und die jederzeit möglichen Son-

dertilgungen in der Darlehensphase sind Produktvorteile, die am Markt überzeugen. Der Bausparvertrag unterstützt beim gezielten Vermögensaufbau für den Immobilienerwerb und hilft Immobilienbesitzern dabei, ihr Objekt zu erhalten und im Wert zu steigern. Hinzu kommt, dass Bausparen als Wegbereiter und Wegbegleiter für die Altersvorsorge mit Wohneigentum etabliert ist und in dieser Bedeutung seit 2008 durch das Eigenheimrentengesetz auch staatlich anerkannt wird.

Die Vision der LBS ist ein nachhaltiges und gesundes Wachstum in den Kerngeschäftsfeldern Bausparen und bausparunterlegte Finanzierung sowie im komplementären Maklergeschäft der LBS-I. Es ist für die LBS von besonderer Bedeutung, im Bausparmarkt eine mit den Marktanteilen der Sparkassen korrespondierende Marktstellung zu erlangen. Hierzu gehört eine entsprechend hohe Durchdringung der Kundenbestände der Sparkassen mit Produkten der LBS.

Im Rahmen ihrer Geschäftsstrategie beurteilt die LBS alle Maßnahmen und Projekte konsequent hinsichtlich ihres Beitrags zu einem gesunden Unternehmenswachstum, zur Entwicklung des Marktanteils und zu den Perspektiven „Verkauf“, „Kunden“, „Mitarbeiter“ und „Finanzen“. Über die Strategie- und Planungsprozesse werden die Ziele in den strategischen Perspektiven jährlich überprüft und unterjährig in einem Steuerungskreislauf mit definierten Kennzahlen überwacht.

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Der Aufschwung der Weltwirtschaft gewann 2017 an Tempo und an Breite. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) beziffert das Wachstum der

Weltproduktion 2017 auf 3,6 %. Das sind 0,5 %-Punkte mehr als ein Jahr zuvor. Zudem waren daran praktisch alle großen Weltwirtschaftsregionen beteiligt. Während es in Ländern der zweiten Reihe, wie Russland, Brasilien oder Argentinien 2016 noch lokale Rezessionen gab, sind für 2017 positive Wachstumsraten beim Bruttoinlandsprodukt (BIP) auszumachen. Die Erholung im Euroraum gewann 2017 an Fahrt und kann inzwischen als ein fortgeschrittener Aufschwung bezeichnet werden. 2017 wurde mit einem Wachstum von 2,4 % ein Tempo erreicht, das über dem Potenzialwachstum liegt.

Laut der ersten Schätzung des Statistischen Bundesamtes erreichte die deutsche Wirtschaft 2017 ein Wachstum von 2,2 %. Dieser Produktionszuwachs ist umso beachtlicher, als 2017 aufgrund der Lage der Feiertage drei Arbeitstage weniger zur Verfügung standen als im Jahr zuvor.

Der Aufschwung wurde vor allem von der Binnenwirtschaft getragen. Aber in dem freundlichen Umfeld der wachsenden Weltwirtschaft und insbesondere aufgrund des beschleunigten Wachstums bei den engsten Handelspartnern im Euroraum konnte auch der deutsche Außenhandel erneut einen Wachstumsanteil beisteuern.

Der private Konsum hat sich 2017 um real 2,0 % ausgeweitet und ist somit in annähernd gleichem Tempo wie schon im vorangegangenen Jahr gewachsen. In laufenden Preisen erhöhten sich die privaten Konsumausgaben um 3,8 %, d. h. in annähernd gleichem Ausmaß wie die nominalen verfügbaren Einkommen der Haushalte mit einem Plus von 3,9 %. Die Sparquote der privaten Haushalte blieb – trotz der anhaltenden Nullzinsphase – konstant bei 9,7 %.

Der moderat expandierende Konsum findet eine solide Grundlage in der guten Arbeitsmarktlage, die sich in hoher Arbeits-

platzsicherheit und allmählich auch stärker in Lohnsteigerungen niederschlägt. 2017 ist die Zahl der Erwerbstätigen noch einmal um rund 1,5 % gestiegen auf jahresdurchschnittlich 44.276.000 mit Arbeitsort im Inland. Die Arbeitslosenquote ist weiter gesunken auf 5,7 % im Mittel des Jahres 2017 und hat somit den niedrigsten Stand Gesamtdeutschlands seit der Wiedervereinigung erreicht.

Auf die Güterpreise haben die stärker ausgelasteten Produktionskapazitäten und zunehmenden Engpässe am Arbeitsmarkt bisher noch nicht durchgeschlagen. Vielmehr blieb die Preisdynamik entgegen der sehr guten Konjunktursituation weiterhin moderat. Im Jahresdurchschnitt sind die Verbraucherpreise in Deutschland gemäß harmonisiertem Index um 1,7 % gestiegen. Im Euroraum war der Anstieg mit 1,5 % schwächer und lag deutlich unter der Zielmarke der Europäischen Zentralbank (EZB). Die EZB verweist auch auf die 2017 noch schwächere Kernrate der Preisentwicklung (ohne Energie und Lebensmittel: 1,3 % in Deutschland und 1,0 % im Euroraum) und hat vor diesem Hintergrund ihre Leitzinsen in 2017 unverändert gelassen. Dies gilt auch für die Verzinsung für Guthaben der Geschäftsbanken auf der Einlagefazilität und für Überschussreserven, die seit März 2016 bei -0,4 % liegt. Die Ankaufprogramme von Wertpapieren – hauptsächlich Staatsanleihen und eine Beimischung von Unternehmensanleihen, Covered Bonds und Asset Backed Securities – wurden 2017 fortgesetzt. Zunächst erfolgten Nettokäufe von 80 Mrd. Euro monatlich, dann ab April 2017, wie bereits Ende 2016 beschlossen, von 60 Mrd. Euro monatlich. Die konsolidierte Bilanzsumme des Eurosystems weitete sich dadurch zum Ende 2017 auf rund 4,5 Bill. Euro aus.

Die längerfristigen Kapitalmarktzinsen entwickelten sich im Euroraum 2017 per Saldo seitwärts. Nach Tiefstständen im Februar erreichten die Umlaufrenditen am Jahresende 2017 ähnliche Niveaus wie zu Jahresbeginn. Bei deutschen Bundesanleihen la-

gen Restlaufzeiten mit bis zu sechs Jahren durchgängig bei einer Negativverzinsung. Die Renditen zehnjähriger Bundesanleihen bewegten sich nach Tiefstständen im Februar 2017 die meiste Zeit des Jahres in der Spanne zwischen 0,3 und 0,5 % (plus), am Jahresende an deren oberem Rand.

Die Wohnungsbaugenehmigungen im Geschäftsgebiet der LBS verzeichneten im Zeitraum von Januar bis November 2017 in Hamburg einen Anstieg um 3,4 %, in Schleswig-Holstein einen Rückgang um 7,0 %.

Geschäftsverlauf

Im Berichtsjahr erzielte die LBS ein Bruttoneugeschäft mit einer Bausparsumme in Höhe von 1.722 Mio. € und lag damit um 1,3 % unter dem Ergebnis des Vorjahres. Zwar konnte aufgrund eines wettbewerbsintensiven Marktumfelds der geplante Umsatz nicht erreicht werden, die weiterhin auf hohem Niveau liegenden Neugeschäftsabschlüsse zeigen jedoch die hohe Attraktivität des Bausparens als Zinssicherungsinstrument gerade in der Niedrigzinsphase.

Insgesamt wurden 33.928 Verträge abgeschlossen. Dies entspricht einem Rückgang um 4,1 % im Vergleich zum Vorjahr. Rund 14 % der Vertragsabschlüsse entfielen auf Tarife, die gezielt junge Leute ansprechen. Auch die Nachfrage nach Finanzierungsmodellen in Verbindung mit der Riester-Förderung ist weiterhin hoch. Wohnriester-Verträge hatten einen Anteil von 8 % an der Bruttobausparsumme, ein Rückgang gegenüber dem Vorjahr um 3 %-Punkte.

Alle Landesbausparkassen zusammen erreichten ein Bruttoneugeschäft, das um 2,4 % unter Vorjahr lag. Die Anzahl der Neuverträge ging um 10,3 % zurück.

Zum Beginn des Geschäftsjahres 2017 wurden die Vertriebs-schienen eigener Außendienst Schleswig-Holstein und eigener Außendienst Hamburg zusammengelegt. Von den drei Vertriebs-schienen vermittelten die Hamburger Sparkasse 37,2 % (Vj.: 40,0 %), die schleswig-holsteinischen Sparkassen 45,9 % (Vj.: 45,7 %) und der eigenen Außendienst 9,8 % (Vj.: 9,9 %). Die restlichen 7,1 % (Vj.: 4,4 %) entfielen auf sonstige Vermittlungen. Die durchschnittliche Bausparsumme einschließlich Erhöhungen stieg auf 51 Tsd. € (Vj.: 49 Tsd. €).

Im Berichtsjahr wurden 33.544 (Vj.: 35.542) Verträge über 1.618 Mio. € (Vj.: 1.638 Mio. €) Bausparsumme eingelöst.

Der summenbezogene Marktanteil im gesamten Geschäftsgebiet lag bei 37,8 % und damit über dem Vorjahreswert von 36,4 %. In Schleswig-Holstein wies die LBS einen Umsatzrückgang auf, der Marktanteil sank um 0,2 %-Punkte und lag bei 33,8 %. Im Marktbereich Hamburg konnte eine Umsatzsteigerung erreicht werden, der Marktanteil stieg um 3,8 %-Punkte auf 44,9 %.

Am Ende des Berichtsjahres betreute die LBS 416.947 (Vj.: 425.109) eingelöste Verträge mit einer Bausparsumme von 14,791 Mrd. € (Vj.: 14,511 Mrd. €). Davon befanden sich 389.108 Verträge mit einer Bausparsumme von 14,016 Mrd. € im Sparstadium, weitere 27.839 Verträge über 0,775 Mrd. € Bausparsumme waren bereits zugeteilt.

Das Kreditneugeschäft insgesamt konnte im Vergleich zum Vorjahr gesteigert werden. Die Bewilligungen kollektiver Baudarlehen gingen zwar um 10,7 % auf 25,5 Mio. € zurück, die Bewilligungen im außerkollektiven Kreditgeschäft stiegen dagegen deutlich um 39,1 % auf 182,5 Mio. €. Der Anstieg ist wesentlich auf die Ausweitung der Kreditbewilligungen im kommunalen Kreditgeschäft und gegenüber Unternehmen in der Wohnungs-

wirtschaft zurückzuführen. Der Anteil des von den Sparkassen im Rahmen der Finanzierung aus einer Hand vermittelten kollektiven und außerkollektiven Kreditgeschäfts lag mit 19 % knapp unter dem Vorjahreswert (20 %).

Im Berichtsjahr wurden Verträge mit einer Bausparsumme in Höhe von insgesamt 609,9 Mio. € zugeteilt (Vj.: 582,2 Mio. €). Nach Abzug der Verträge, die in den Fortsetzerstatus gewechselt sind, waren es noch 444,8 Mio. € (+16,0 %). Die Darlehensverzichtsquote, die auch Verträge aus Zuteilungen früherer Jahre beinhaltet, sank von 67,9 % auf 65,3 %.

Die LBS Immobilien GmbH konnte das sehr gute Vermittlungsergebnis des Vorjahres übertreffen. Das Courtagevolumen ist um 2,3 Mio. € auf 12,4 Mio. € gestiegen und hat damit das höchste Ergebnis seit 20 Jahren erreicht. Die Aufwendungen für Vermittlungen sind ebenfalls angestiegen und betragen 10,5 Mio. € (Vj.: 8,3 Mio. €). Das Jahresergebnis von 774 Tsd. € wurde aufgrund des bestehenden Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrags an die LBS abgeführt. Die Zahl der vermittelten Objekte stieg um 27,1 % auf 1.391. Die positiven Veränderungen zum Vorjahr sind auch durch eine neu hinzugewonnene Kooperationsparkasse in Schleswig-Holstein beeinflusst. Der Durchschnittskaufpreis lag unverändert bei 207 Tsd. €. Das vermittelte Kaufpreisvolumen stieg um 43,2 Mio. € auf 258,5 Mio. €. Einfamilienhäuser hatten einen Vermittlungsanteil von 48,5 % (Vj.: 50,5 %) und Eigentumswohnungen von 31,1 % (Vj.: 28,5 %). In beiden Objektarten dominiert die Gebrauchtimmoblie: So wurden bei den Einfamilienhäusern 98,5 % gebrauchte Objekte vermittelt. Bezüglich der Eigentumswohnungen betrug der Anteil 75,4 % – gegenüber dem Vorjahr (91,3 %) stellt dies bei ca. 25 % Neubauteil allerdings eine nennenswerte Verschiebung dar.

Die andauernde Niedrigzinsphase belastet die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der gesamten Finanzbranche. Die LBS

hat aus den anspruchsvollen externen Rahmenbedingungen bereits frühzeitig Handlungsbedarf abgeleitet und sich auf die mittel- und langfristigen Auswirkungen eingestellt. Zu den Maßnahmen zählt, dass die LBS zur Verbesserung der Bilanz- und Vermögenslage zum Jahresende 2016 ihre Pensionsverpflichtungen weitgehend auf einen durch das Versicherungsaufsichtsgesetz regulierten Pensionsfonds ausgelagert hat. Die Auslagerung führte zu Einmaleffekten bei verschiedenen Positionen der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung in 2016.

Ertragslage

Die LBS hat im Berichtsjahr in einem herausfordernden Marktumfeld einen Jahresüberschuss von 2,4 Mio. € erreicht.

Der Zinsüberschuss belief sich auf 35,6 Mio. € und lag 7,9 Mio. € unter Vorjahr. Die um 8,6 Mio. € auf 66,1 Mio. € rückläufigen Zinserträge (ohne Erträge aus Ergebnisabführung) wurden durch die um 0,7 Mio. € auf 31,2 Mio. € ebenfalls gesunkenen Zinsaufwendungen nicht kompensiert.

Die Zinserträge aus Bauspardarlehen nahmen aufgrund des niedrigeren Jahresdurchschnittsbestandes um 2,2 Mio. € auf 6,5 Mio. € ab.

Bei den außerkollektiven Darlehen blieben die Zinserträge mit 37,2 Mio. € um 1,6 Mio. € unter dem Vorjahresniveau. Die marktzensbedingt niedrigen Zinssätze bei den neu ausgezahlten Darlehen konnten durch einen höheren Jahresdurchschnittsbestand fast kompensiert werden.

Die anhaltende Niedrigzinsphase belastete auch die Zinserträge aus der Geldanlage, die um 1,4 Mio. € auf 17,2 Mio. € sanken. Das im Vergleich zum Vorjahr gestiegene Volumen konnte die ge-

sunkene Durchschnittsverzinsung im Bestand nicht vollständig ausgleichen. Die Ausschüttung aus Wertpapierspezialfonds lag mit 5,0 Mio. € um 2,5 Mio. € unter dem Vorjahr.

Die Zinsaufwendungen für Bauspareinlagen gingen trotz eines höheren Durchschnittsbestands um 0,7 Mio. € auf 31,2 Mio. € zurück. Der zunehmende Anteil jüngerer Tarifgenerationen mit niedrigeren Einstandssätzen sowie die durchgeführten Bestandsmaßnahmen wirkten sich wie erwartet entlastend aus.

Aus aufgenommenen Fremdgeldern resultierten insgesamt positive Zinsen in Höhe von 0,2 Mio. € (Vj.: 0,1 Mio. € positive Zinsen). Der zum Jahresende gehaltene Fremdgeldbestand wies ausschließlich kurze Laufzeiten auf.

Das Provisionsergebnis belief sich auf -2,0 Mio. €, 2016 betrug es -0,8 Mio. €. Die Erträge lagen mit 16,8 Mio. € um 0,1 Mio. € unter Vorjahr. Die Erträge aus Vertragsabschluss und -vermittlung sanken um 0,2 Mio. € auf 14,7 Mio. €. Die Provisionsaufwendungen stiegen aufgrund des qualitäts- und quantitäsorientierten Provisionssystems um 1,0 Mio. € auf 18,8 Mio. €.

Die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen einschließlich Abschreibungen beliefen sich im Berichtsjahr auf 33,9 Mio. € nach 40,2 Mio. € im Jahr 2016. Die Personalaufwendungen sind um 7,6 Mio. € auf 18,9 Mio. € gesunken. Die Löhne und Gehälter stiegen um 0,5 Mio. € auf 14,6 Mio. €, Aufwendungen für die Altersversorgung sanken deutlich um 7,9 Mio. € auf 1,8 Mio. €. Der Rückgang ist auf einmalige Aufwendungen für die Auslagerung der Pensionsverpflichtungen in 2016 zurückzuführen. Die anderen Verwaltungsaufwendungen lagen bei 14,0 Mio. € (Vj.: 12,7 Mio. €). Der Anstieg beruht im Wesentlichen auf Aufwendungen für die Migration auf OSPlus-LBS und externen Beratungsleistungen. Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte betragen 1,0 Mio. € (Vj.: 1,0 Mio. €).

Der Rückgang im Saldo aus den sonstigen ordentlichen Erträgen und Aufwendungen von 6,1 Mio. € im Vorjahr auf nunmehr 0,9 Mio. € ist im Wesentlichen auf diverse positive Sondereffekte in 2016 zurückzuführen.

Das Betriebsergebnis vor Bewertung betrug 0,6 Mio. € (Vj.: 8,5 Mio. €).

Das Bewertungsergebnis lag bei 2,3 Mio. € (Vj.: 17,3 Mio. €) und ist mit 2,7 Mio. € auf mit Gewinn veräußerte Geldanlagen zurückzuführen. Der hohe Vorjahreswert wies Sondereffekte aus der Auslagerung der Pensionsverpflichtungen auf. Im Kundenkreditgeschäft lag die ausgewiesene Risikovorsorge bei -0,3 Mio. € (Vj.: 0,2 Mio. €). Das sonstige Bewertungsergebnis lag bei -0,1 Mio. € (Vj.: 0,4 Mio. €). Die Nettoforderungsausfälle bezifferten sich 2017 auf 0,06 % des Kreditbestandes.

Im Berichtsjahr wurde ein außerordentliches Ergebnis in Höhe von 0,0 Mio. € (Vj.: -9,7 Mio. €) ausgewiesen. Im Rahmen der Auslagerung der Pensionsverpflichtungen in 2016 wurden stille Lasten in Höhe von 9,8 Mio. € getilgt, die aus der Ausübung des Wahlrechts zur Berücksichtigung des Unterschiedsbetrags aus der Neubewertung der Pensionsrückstellungen gem. Art. 67 EGHGB in 2010 entstanden waren.

Das Ergebnis vor Ertragssteuern lag mit 2,9 Mio. € unter dem durch die Auslagerung der Pensionsverpflichtung beeinflussten Vorjahresergebnis (16,1 Mio. €).

Nach Abzug aller Steuern wird ein Jahresüberschuss von 2,4 Mio. € (Vj.: 5,6 Mio. €) ausgewiesen.

Finanzlage

Die Zahlungsfähigkeit der LBS war im Berichtsjahr jederzeit gegeben und ist nach der Finanzplanung auch für die nächsten Jahre sichergestellt. Das Finanzmanagement ist insbesondere darauf ausgerichtet, die planmäßige Zuteilung der Bausparmittel dauerhaft zu gewährleisten.

Die LBS machte in 2017 von der Ausnahmeregelung nach § 6 Abs. 1 BauSparkG Gebrauch und setzte die Bauspareinlagen auch zur Refinanzierung von Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten ein. Die LBS führt kein Handelsbuch und nimmt die Ausnahmeregelung nach Art. 94 CRR in Anspruch. Sie nutzt die Anlagemöglichkeiten nach § 4 BauSparkG.

Der kollektive Cashflow entwickelte sich wie folgt (in Mio. €):

	2017	2016
Sparaufkommen		
(inkl. Zinsgutschriften)	456,0	462,3
Tilgungsaufkommen	83,5	102,4
Sonstige	0,0	0,0
Geldzufluss	539,4	564,7
Zuteilungen	284,6	251,9
Kündigungen	110,5	131,7
Geldabfluss	395,1	383,6
Kollektiver Cashflow	144,3	181,1

Die kollektive Liquiditätsbilanz weist für das Jahr 2017 einen Überschuss von 144,3 Mio. € aus und damit im Vergleich zum Vorjahr einen Rückgang um 36,7 Mio. €. Das Sparaufkommen ist um 6,3 Mio. € und das Tilgungsaufkommen um 18,9 Mio. € ge-

sunken. Die Zuteilungen sind um 32,7 Mio. € gestiegen, die Kündigungen sind um 21,2 Mio. € gesunken. Die Zuteilungsmasse liegt bei 2.212,5 Mio. € (Vj.: 2.068,1 Mio. €). Die LBS konnte auch im Berichtsjahr stets zur Mindestbewertungszahl zuteilen.

Mindestreserven waren im abgelaufenen Geschäftsjahr nicht zu halten.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme der LBS erhöhte sich im Berichtsjahr um 150,1 Mio. € auf 2.657,29 Mio. €. Sowohl Baudarlehen als auch Geldanlagen haben sich ausgeweitet. Bei den Passiva sind die Bauspareinlagen und der Bestand an institutionellen Fremdgeldern angestiegen.

Der Bestand an Baudarlehen insgesamt lag bei 1.328,0 Mio. € (Vj.: 1.318,6 Mio. €). Bei den kollektiven Darlehen war ein Rückgang um 32,4 Mio. € auf 160,5 Mio. € zu verzeichnen. Darlehensverzichte stagnieren auf sehr hohem Niveau, geprägt insbesondere durch zugeteilte Verträge aus höher verzinsten Tarifgenerationen. Bei den außerkollektiven Darlehen lagen die Auszahlungen mit 155,7 Mio. € über dem Vorjahr (121,3 Mio. €) und konnten die Fälligkeiten mehr als kompensieren. Der Bestand wuchs um 41,7 Mio. € auf 1.167,5 Mio. € an. Alle Darlehensforderungen zusammen hatten zum Jahresende einen Anteil an der Bilanzsumme von 50,0 % (Vj.: 52,6 %).

Die gesamten Geldanlagen erhöhten sich im Berichtsjahr um 121,9 Mio. € auf 1.263,0 Mio. €. Im Wesentlichen handelt es sich dabei um Staatsanleihen, Namens- und Inhaberschuldverschreibungen und Sparkassenbriefe. Außerdem hält die LBS Anteile an

Wertpapiersondervermögen. Die Schuldverschreibungen werden ausschließlich im Anlagevermögen gehalten.

Der Bestand an Bauspareinlagen ist erwartungsgemäß erneut gestiegen, und zwar um 111,7 Mio. € auf 2.371,9 Mio. €. Im Geschäftsjahr 2017 wurden übersparte Verträge und Verträge, die mehr als 10 Jahre die Zuteilung nicht in Anspruch genommen haben, mit einem Gesamtvolumen von rund 30,6 Mio. € Bausparsumme gekündigt, da hier der Zweck des Bausparens, die Inanspruchnahme eines günstigen Bauspardarlehens, nicht mehr gegeben war. Die Mittelzuflüsse durch Spargeldeingang überstiegen die Abflüsse aus Guthabenauszahlungen und Kündigungen wiederum deutlich. Der Anteil der Bauspareinlagen an der Bilanzsumme sank von 90,2 % auf 89,3 %.

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (ohne Bauspareinlagen) bestanden in Höhe von 100,0 Mio. € (Vj.: 68,0 Mio. €). Die Fremdgelder wiesen ausschließlich kurze Restlaufzeiten auf.

Zum Jahresende wurden Rückstellungen in Höhe von 27,3 Mio. € ausgewiesen (Vj.: 34,0 Mio. €). Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen lagen bei 10,8 Mio. € (Vj.: 8,3 Mio. €).

Wertberichtigungen für die Risiken im Kreditgeschäft wurden in ausreichender Höhe gebildet. Die Eigenmittel gemäß Artikel 72 CRR beliefen sich am Bilanzstichtag 31. Dezember 2017 auf 128,7 Mio. €.

Personal und Nachhaltigkeit

Personalpolitik

Das Arbeitsumfeld für die Führungskräfte und Mitarbeiter der LBS unterliegt in der sich zunehmend digitalisierenden Welt tiefgreifenden Veränderungen. Die strategische Ausrichtung

der LBS auf den Kunden unter Einsatz der Digitalisierung erfordert veränderte Prozesse, Strukturen und Technik. In dem Umfang und der Geschwindigkeit, in der sich das Arbeitsumfeld verändert, benötigen die Führungskräfte und Mitarbeiter eine Aktualisierung ihres fachlichen, technischen und methodischen Wissens. Die LBS trägt diesen Anforderungen durch die Entwicklung spezifischer Lernangebote Rechnung und fördert agile Formen der Zusammenarbeit, beispielsweise durch die Einführung einer Collaborationsplattform in 2017.

Die Personalausstattung ist an die Rahmenbedingungen angepasst und auf die Zukunft ausgerichtet.

Führungs- und Unternehmenskultur

Führung und Zusammenarbeit sind darauf ausgerichtet, die aktuellen und zukünftigen Veränderungsprozesse in der LBS zu tragen und voranzutreiben. Die etablierten personalwirtschaftlichen Instrumente unterstützen die Führungsarbeit und werden kontinuierlich geprüft und angepasst. Die Unternehmenskultur der LBS wird getragen von Verantwortungsbewusstsein, Motivation und Zielorientierung. Die Führungskräfte stellen dabei das Bindeglied zwischen der Strategieumsetzung und der Etablierung der passenden Organisationsstruktur und Unternehmenskultur dar. Ein spezielles Führungskräfte-Entwicklungsprogramm unterstützt den Anspruch an eine einheitliche Führungskultur. Jährlich durchgeführte Befragungen zur Mitarbeiterzufriedenheit liefern gemeinsam mit dem Instrument des direkten Führungsfeedbacks wertvolle Hinweise auf Stärken der Unternehmenskultur sowie Impulse zur Weiterentwicklung.

Weiterbildung und Nachwuchssicherung

Den Herausforderungen des demografischen Wandels und dem damit verbundenen Fachkräftebedarf begegnet die LBS mit einer vorausschauenden Planung. Durch den Einsatz von etablierten Personalinstrumenten wird sichergestellt, dass die Mit-

arbeiterinnen und Mitarbeiter den steigenden Anforderungen gerecht werden. Bedarfsgerechte Weiterbildungsmöglichkeiten sorgen dafür, dass die notwendigen Fähig- und Fertigkeiten sowie das benötigte Wissen im Unternehmen vorhanden sind. Ein Talentförderprogramm unterstützt die gezielte Weiterentwicklung von Nachwuchskräften.

Erfolgsorientierte Vergütung

Die Vergütungsstruktur der Beschäftigten richtet sich zum wesentlichen Teil nach den geltenden Tarifverträgen für das private Bankgewerbe und die öffentlichen Banken unter Berücksichtigung rechtlicher und aufsichtsrechtlicher Anforderungen. Stellen, deren Anforderungen höher als die höchste Tarifgruppe bewertet werden, sind dem außertariflichen Bereich zugeordnet. Zur leistungsgerechten Verteilung von variablen Gehaltsbestandteilen setzt die LBS ein Zielvereinbarungssystem mit Zielerreichungsprämien ein. Die Vergütungsstrukturen werden unter Berücksichtigung der zunehmenden Veränderungsgeschwindigkeit des Arbeitsumfeldes regelmäßig geprüft.

Gesundheitsmanagement und -vorsorge

Erhalt und Förderung von Gesundheit und Wohlbefinden der Beschäftigten sind seit Jahren ein Kernthema der nachhaltigen Personalpolitik der LBS. Maßnahmen zur Gesundheitsbildung werden durchgeführt (regelmäßige Gesundheitstage) bzw. gefördert (Betriebssport). Für schwierige berufliche, aber auch private Situationen wird mit einer Sozialberatung Unterstützung angeboten. Die Ergebnisse der jährlichen Mitarbeiterbefragung werden dazu genutzt, die erlebte Arbeitssituation in den Teams zu thematisieren und geeignete Maßnahmen abzuleiten. Dieser Dialog sensibilisiert alle Beteiligten und fördert den achtsamen Umgang miteinander.

Entwicklung der Belegschaft

Der Personalbestand der LBS lag im Jahresdurchschnitt 2017 bei 241 (Vj.: 254) Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Soziales Engagement

Als regional verbundenes Unternehmen unterstützte die LBS im letzten Jahr in Schleswig-Holstein und Hamburg soziale, kulturelle und sportliche Projekte mit Sponsoringmaßnahmen und Spenden im Gesamtwert von rd. 182 T€.

Unternehmensführung

Gemeinsam mit den Sparkassen steht die LBS als „Bausparkasse der Sparkassen“ für Werte wie Sicherheit, Planbarkeit, Flexibilität, regionale Verbundenheit und Kundennähe. Sie unterstützt Menschen aus allen Bevölkerungsschichten beim gezielten Vermögensaufbau für den Immobilienerwerb und hilft Immobilienbesitzern dabei, ihr Objekt zu erhalten und im Wert zu steigern. Als Wegbereiter und Wegbegleiter für die Altersvorsorge mit Wohneigentum ist Bausparen seit 2008 auch durch das Eigenheimrentengesetz staatlich anerkannt.

Kunden erwarten zunehmend Transparenz, einfache Prozesse und einen individuellen Dialog. Diese Erwartungen sind zu einem großen Teil digital geprägt. Die LBS hat daher in 2017 die Geschäfts- und Risikostrategie um eine Kundenstrategie ergänzt und ihre Strategie zur digitalen Transformation grundlegend überarbeitet. Die Kundenstrategie unterstützt die Weiterentwicklung zu einer kundenzentrierten Organisation auf Basis eines tiefgreifenden Verständnisses für den Kunden und seiner Bedarfe. Im Zentrum steht eine starke und langfristige Bindung der Kunden an die LBS mit dem Ziel, über Empfehlungsbereitschaft einen wachsenden Kundenbestand zu generieren.

Die LBS lässt dem Kunden die freie Wahl bezüglich der Nutzung von digitalen oder physischen Kontaktpunkten. Zu die-

sem Zweck fusioniert die LBS die digitale und physische Welt zu einem miteinander verknüpften und durchlässigen Multikontakt-punkt-Netz. Service-Chat sowie Videoberatung und -legitimation sind einige der bisher umgesetzten Bausteine.

Die kundenzentrierte Ausrichtung der LBS ist aufbauorganisatorisch verankert, Kundenprozesse werden systematisch überarbeitet und aktualisiert. Mit der Implementierung geeigneter Methoden wird kontinuierlich Kundenfeedback eingeholt. Die gewonnenen Erkenntnisse unterstützen die LBS dabei, Kundenprozesse kontinuierlich zu verbessern und Maßnahmen zur Steigerung der Kundenzufriedenheit zu entwickeln.

Kundenerwartungen an die Prozessgeschwindigkeit und -transparenz sowie zeitliche Verfügbarkeit von Interaktionsmöglichkeiten lassen sich nur mit einem hohen Standardisierungs- und Automatisierungsgrad erreichen. Daher optimiert die LBS ihre gesamte Prozesswelt mit einem digitalen end-to-end Ansatz aus der Kundenperspektive und verankert die Kundenzentrierung in der Aufbauorganisation. Erkenntnisse aus dem in 2017 eingeführten Net Promoter Score zur Messung der Zufriedenheit und der Loyalität der Kunden unterstützen die LBS zusätzlich bei Prozessoptimierungen und der Entwicklung von Maßnahmen zur Steigerung der Kundenzufriedenheit.

Das Ziel der Standardisierung und Harmonisierung wird auch durch die im September 2017 erfolgte Migration auf das von sieben LBS Instituten gemeinsam genutzte Kernbanksystem OSPlus-LBS unterstützt. Das System wird kontinuierlich in Abstimmung mit den zentralen IT-Dienstleistern der Sparkassen weiterentwickelt und die Vereinheitlichung der Anwendungen innerhalb der LBS-Gruppe wird gemeinsam gefördert.

Compliance ist Bestandteil der Unternehmensführung und des Risikomanagements mit präventivem Ziel. Aufgaben, Aufbau

und Funktion werden durch die relevanten Gesetze und aufsichtsrechtlichen Vorgaben für Kreditinstitute definiert.

Um die Umsetzung und Einhaltung der Regeln zu gewährleisten, hat die LBS eine entsprechende Compliance-Organisation aufgebaut. Der Compliance-Beauftragte ist in seiner Funktion direkt dem Vorstand unterstellt. Die Funktion des Geldwäschebeauftragten und der zentralen Stelle zur Verhinderung sonstiger strafbarer Handlungen gemäß § 25h KWG ist auf die Hamburger Sparkasse AG (Haspa) ausgelagert.

Risikobericht

Die LBS unterliegt als Kreditinstitut den gesetzlichen Bestimmungen des Bausparkassen- sowie des Kreditwesengesetzes, der CRR (Capital Requirements Regulation) und den sonstigen bankaufsichtsrechtlichen Vorschriften der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht. Innerhalb dieser Rahmenbedingungen erfolgt ein kontrolliertes Eingehen von Risiken zur Wahrnehmung von Ertragschancen und zur Sicherung des Fortbestehens des Unternehmens.

Risikomanagement

Das Risikomanagementsystem der LBS dient der Erkennung, Analyse und der Steuerung der Unternehmensrisiken. Es ist darauf ausgerichtet, frühzeitig Entwicklungen zu erkennen, die die finanzielle Lage der LBS gefährden könnten, und entsprechende Handlungsspielräume für die Sicherung des wirtschaftlichen Erfolgs und damit des Fortbestands des Unternehmens zu schaffen.

Der Vorstand der LBS trägt die Gesamtverantwortung für das Risikomanagement. Die Risikocontrolling-Funktion im Sinne der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (Ma-

Risk) liegt beim Leiter des Teams Risikocontrolling, das organisatorisch dem Bereich Gesamtbanksteuerung zugeordnet ist. Koordiniert durch den Leiter Risikocontrolling steuert die LBS ihre Risiken dezentral in den einzelnen Fachbereichen.

Die Aufgaben des Risikocontrollings umfassen u.a. die konzeptionelle Entwicklung, Implementierung, Pflege und Weiterentwicklung eines unternehmensweiten Risikomanagementsystems mit dem Schwerpunkt der Risikoidentifikation und -analyse, der aggregierten Informationsaufbereitung und der zeitnahen Information des Vorstands und der jeweiligen Verantwortlichen. Das Management von Risiken erfolgt in der LBS auf der Basis verabschiedeter Richtlinien für das Risikomanagement, die eine laufende Überwachung und Steuerung der Risiken sowie die Pflege und Weiterentwicklung des unternehmensweiten Risikomanagementsystems sicherstellen. Die wesentlichen Risikoarten sind in der Risikostrategie festgelegt, die Ende 2017 aktualisiert und vom Vorstand der LBS beschlossen wurde. Für den Geschäftsbetrieb der LBS wurden Adressenausfallrisiken, Marktpreisrisiken, Liquiditätsrisiken, operative Risiken sowie Markt- und Absatzrisiken als wesentliche Risikobereiche identifiziert. Als übergeordnetes Instrument zur Bemessung und Steuerung der Risikosituation dient die in die Mehrjahresplanung eingebundene Risikotragfähigkeitsrechnung. Die Ermittlung der Risikotragfähigkeit erfolgt mit einem going-concern Ansatz mit GuV-/bilanzorientierter Ableitung des Risikodeckungspotenzials und unterscheidet zwischen einer kurzfristigen (operativen) und langfristigen (strategischen) Betrachtungsweise.

In der kurzfristigen Risikotragfähigkeit werden vierteljährlich die wesentlichen GuV-Größen im Rahmen einer Prognose ermittelt und hinsichtlich möglicher Ergebnisschwankungen (realisierte Verluste) analysiert und bewertet. Darüber hinaus erfolgt vierteljährlich die Quantifizierung unerwarteter Verlustrisiken für

die nächsten 12 Monate (rollierender Betrachtungszeitraum). Ausgehend vom ermittelten Risikodeckungspotenzial legt der Vorstand fest, welcher Anteil des Risikodeckungspotenzials zur Abdeckung von Risiken eingesetzt werden soll. Das Gesamtrisikolimit entspricht somit dem Risikoappetit der LBS. Die Allokation des Risikodeckungspotenzials bezieht sich stets auf einen rollierenden 12-Monatszeitraum. Die kurzfristige Risikotragfähigkeit ist gegeben, sofern sich die Summe der unerwarteten Verluste unterhalb des Gesamtrisikolimits bewegt.

Das Risikolimitsystem wird durch ein Risikofrühwarnsystem auf Ebene der einzelnen Risikoarten ergänzt. Ziel des Risikofrühwarnsystems ist, mögliche Risikoentwicklungen anhand spezieller Risikoindikatoren frühzeitig zu erkennen, um zeitnahe geeignete Gegensteuerungsmaßnahmen einleiten zu können.

Die langfristige Risikotragfähigkeitsrechnung ist eine auf Szenarien basierende Sichtweise, die in Verbindung mit der Planung bzw. unterjährigen Prognose einen Steuerungskreis bildet. Zur Ermittlung der langfristigen Risikotragfähigkeit werden für alle wesentlichen Risikoarten Stressszenarien definiert und über einen 10-Jahres-Zeitraum simuliert. Bleibt das Risikodeckungspotenzial unter Berücksichtigung der aufsichtlichen Eigenmitelanforderungen für alle Szenarien über einen 5-jährigen Betrachtungszeithorizont positiv, gilt die Risikotragfähigkeit als gegeben. Die langfristige Risikotragfähigkeit wird unterjährig über die Einhaltung von Risikoindikatoren überwacht.

Darüber hinaus stellt die LBS im Rahmen ihrer Risikosteuerung auf die Kennzahlen des Risikomonitorings der Sicherungseinrichtungen der Sparkassen-Finanzgruppe ab. Zentraler Bestandteil des Risikomanagements ist ein System aus betriebswirtschaftlichen und aufsichtsrechtlichen Kennzahlen und Limitierungen, anhand derer Veränderungen der Risikolage der LBS frühzeitig erkannt und etwaige Gegensteuerungsmaßnahmen eingeleitet

werden können. Das Kennzahlensystem ist in ein umfangreiches Berichts- und Meldewesen eingebunden. Vorstand und Aufsichtsrat erhalten vierteljährlich einen Risikobericht über die Auslastung der Limite, die Einhaltung der Risikoindikatoren und die Risikosituation in den wesentlichen Risikoarten. Im Falle besonderer bzw. akuter Vorkommnisse ist eine Adhoc-Berichterstattung zur unverzüglichen Information des Vorstandes, der Revision und des Aufsichtsrats eingerichtet.

Für die Bestimmung der aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalanforderungen wendet die LBS den Kreditrisiko-Standardansatz und im Bereich der operationellen Risiken den Basisindikatoransatz an.

Adressenausfallrisiken

Unter Adressenausfallrisiko versteht die LBS das Risiko, dass ein Kreditnehmer Zinszahlungen und/oder Tilgungen nicht oder nicht fristgerecht leistet. Adressenausfallrisiken umfassen Ausfallrisiken, Länderrisiken und Beteiligungsrisiken.

Die Struktur des Bausparkkreditgeschäfts der LBS ist gekennzeichnet durch die Kreditvergabe ausschließlich für wohnwirtschaftliche Maßnahmen, eine starke Fokussierung auf Privatkunden und die breite Risikostreuung mit einer Vielzahl von Krediten mit vergleichsweise kleinen Kreditvolumina. Durch die regionale Ausrichtung der LBS auf das Geschäftsgebiet Schleswig-Holstein und Hamburg besteht eine bewusst eingegangene regionale Risikokonzentration. Die LBS profitiert von wesentlichen Informationsvorteilen aufgrund der lokalen Marktkennntnis und der größeren Ortsnähe. Darüber hinaus erfolgt eine Diversifikation durch die Kapitalanlage auf anderen Märkten. Durch die ausschließliche Besicherung der Darlehen mit zulässigen Sicherheiten nach dem Bausparkassengesetz, unter grundsätzlicher Wahrung der Beleihungsgrenze bis 80 %, ist eine gute Risikostruktur vorhanden. Diese branchenspezifischen Besonderheiten wirken insgesamt risikomindernd für die LBS.

Die Kreditvergabe ist durch detaillierte Geschäftsprozesse und ein umfassendes Bewilligungskompetenzsystem geregelt. Bei bestimmten Kreditvorgängen erfolgt vor der Bewilligungsentscheidung die Einholung eines zweiten Votums durch einen marktunabhängigen Bereich. Die Risikoklassifizierung des Kreditgeschäfts vor Kreditvergabe erfolgt grundsätzlich durch die in der Sparkassenfinanzgruppe zentral entwickelten Scoringverfahren. Das Scoringergebnis ist Bestandteil der Kreditentscheidung und der Kompetenzsteuerung. Das Kundenkreditgeschäft unterliegt nahezu vollständig dem turnusmäßigen Bestandsscoring.

Soweit akute und latente Kreditrisiken bestehen, werden zur Risikovorsorge nach festgelegten Kriterien Wertberichtigungen ermittelt und gebildet. Es bestehen prozessuale Regelungen, nach denen leistungsgestörte Engagements einer gesonderten Bearbeitung zu unterziehen sind. Hiernach erfolgt unter anderem die Überwachung der Einhaltung der Zahlungspflichten des Kunden über ein gestaffeltes Mahnverfahren.

Kreditrisiken hat die LBS in ausreichender Höhe abgedeckt. Zum 31.12.2017 verfügte die LBS über Risikovorsorgen für Einzelrisiken in Höhe von 2,7 Mio. € (Vj.: 3,1 Mio. €). Dies entspricht 0,20 % (Vj.: 0,23 %) des Darlehensgesamtbestands im Kundenkreditgeschäft.

Die im Rahmen der Risikostrategie festgelegte Risikoausrichtung im Kundenkreditgeschäft wird regelmäßig über einen vierteljährlichen Kreditrisikobericht überprüft.

Das Adressenausfallrisiko im Wertpapierbestand wird bereits durch die Anlagevorschriften im Bausparkassengesetz deutlich eingeschränkt. Die Anlage verfügbarer Gelder nach § 4 BauSparkG in Inhaber- und Namensschuldverschreibungen, Termingeldern, Schuldscheindarlehen sowie in Sondervermö-

gen erfolgt im Rahmen ratingabhängiger Limite. Dabei gilt für die Eigenanlage grundsätzlich mindestens die Ratingnote A3 (Moody's) bzw. A- (S&P/Fitch), für die Sondervermögen mindestens Investmentgrade.

Die LBS schließt ihre Geldanlage- und Geldaufnahme-geschäfte grundsätzlich über inländische Institute ab, die mindestens ein A-Rating aufweisen und wirkt so möglichen Kontrahentenrisiken entgegen.

Länderrisiken im Wertpapierbestand werden durch ein Limit-system überwacht, das Ausfall- und Länderrisiken kombiniert. Durch die Limitierung werden Risikokonzentrationen vermieden.

Ein weiterer Bestandteil des Adressenausfallrisikos ist das Risiko von Verlusten aus Beteiligungen, welches dem Anteilseigner aus der Zurverfügungstellung von Eigenkapital an Dritte entstehen kann. Für Bausparkassen bestehen hier gesetzliche Beschränkungen. Der Bilanzwert der Beteiligungen und verbundenen Unternehmen lag per 31.12.2017 unverändert bei 0,3 Mio. €. Durch die regelmäßige Überwachung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Beteiligungen sowie im Rahmen der Ausübung von Mandaten in einzelnen Beteiligungen können risikorelevante Entwicklungen frühzeitig erkannt werden.

In der CRR wird ein Mindestwert von 8,0 % für das Verhältnis von Eigenmitteln zu den risikogewichteten Aktiva vorgeschrieben. Zusätzlich war ein Kapitalerhaltungspuffer von 1,25 %-Punkten gem. § 64r KWG einzuhalten. Aus der Allgemeinverfügung zum Zinsänderungsrisiko im Anlagebuch resultiert für die LBS eine zusätzliche Eigenmittelanforderung von 0,6 %-Punkten. Die nach dem Kreditrisiko-Standardansatz ermittelte Gesamtkapitalquote betrug zum Jahresende 14,3 % (Vj.: 13,2 %). Die aufsichtliche Gesamtkapitalanforderung wurde eingehalten.

Marktpreisrisiken

Marktpreisrisiken existieren bei der LBS grundsätzlich in Form von Zinsänderungsrisiken und Immobilienrisiken.

Zinsänderungsrisiken ergeben sich aus möglichen Veränderungen von Zinsniveau und -struktur und sind abhängig von der Laufzeitstruktur der Bilanzbestände. Auf Grund von Änderungen in Zinsniveau und -struktur können Wertberichtigungen bei Wertpapieren notwendig werden und Verhaltensänderungen bei Kunden resultieren.

Die LBS hält ihre Wertpapiere grundsätzlich bis zur Fälligkeit. Daraus ergeben sich auf die Gesamtlaufzeit bezogen keine erhöhten Marktpreisrisiken. Im Hinblick auf Zinsänderungsrisiken werden die Festzinspositionen monatlich im Rahmen einer Ablaufbilanz ausgewertet und unter Berücksichtigung der aktuellen Ertrags- und Risikosituation sowie der Marktentwicklung gesteuert. Darüber hinaus werden zur Ermittlung des Zinsänderungsrisikos monatliche Cashflow-Bilanzen erstellt und Barwertänderungen unter Annahme von fiktiven Zinssatzänderungen ermittelt. Die Einhaltung des bankaufsichtlichen Limits zum BaFin-Zinsrisikokoeffizienten zur Überwachung der Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch wird monatlich überwacht und an den Vorstand berichtet.

Insbesondere bei einer anhaltenden Niedrigzinsphase können sich für eine Bausparkasse aufgrund der Tarifstruktur Ertragsrisiken im kollektiven Bereich ergeben. Ein zu hoher Anteil an Tarifen mit hoher Guthabenverzinsung hat insbesondere bei rückläufiger Darlehensinanspruchnahme negative Auswirkungen auf die Ertragslage. Als Gegenmaßnahme begrenzt die LBS in den Hochzinstarifen die Höhe der Bausparsummen und des Spargeldeingangs. Auch in 2017 wurden Verträge, die überspart waren oder mehr als 10 Jahre die Zuteilung nicht in Anspruch genommen haben, gekündigt.

Immobilienrisiken können aus der Fehleinschätzung der Sicherheiten bei der Kreditvergabe oder durch Wertverlust im Zeitablauf entstehen. In Verbindung mit dem gesetzlich reglementierten Geschäftsmodell als Bausparkasse verfügt die LBS über einen hohen Bestand an grundpfandrechtl. gesicherten Krediten. Die Wertermittlung im Eigengeschäft der LBS erfolgt DV-gestützt in standardisierten Prozessen, die die Anforderungen der Beleihungswertermittlungsverordnung erfüllen. Darüber dienen ein Marktschwankungskonzept zur regelmäßigen Überwachung der Immobilienwerte sowie die Überprüfung von möglichen Marktschwankungen anhand einer regionalen Immobiliendatenbank als Grundlage zur Steuerung von Immobilienrisiken.

Die nicht bilanzierte Kapitalanlage des Pensionsfonds sieht neben Staatsanleihen, Pfandbriefen und Unternehmensanleihen auch eine Anlage in Aktien, teilweise in Fremdwährungen, vor. Für den Pensionsfonds können Marktpreisrisiken zu einer Wertverminderung des Pensionsvermögens und damit ggf. zu einer Unterdeckung führen. Im Falle einer Unterdeckung ist die LBS verpflichtet, Nachschusszahlungen gegenüber dem Pensionsfonds zu erbringen. Risiken aus etwaigen Nachschusszahlungen steuert die LBS im Rahmen von Szenariobetrachtungen in Verbindung mit ihrer Risikotragfähigkeitsrechnung.

Liquiditätsrisiken

Die anhaltend expansive Geldpolitik der EZB sorgt weiterhin für eine Übersteuerung der Finanzmärkte. Fragen zur Liquiditätshaltung und -sicherung stehen für die LBS daher unverändert im Fokus. Im Rahmen der kurz- und mittelfristigen Liquiditätsplanung werden Liquiditätsrisiken unter besonderer Berücksichtigung der Kollektiventwicklung so gesteuert, dass die LBS ihre Zahlungsverpflichtungen jederzeit erfüllen kann. Zur Absicherung unerwarteter kurzfristiger Liquiditätseingänge können vorrangig laufend vorgehaltene kurzfristig fällige Geldanlagen

eingesetzt, vertraglich vereinbarte Kreditlinien in Anspruch genommen oder auch Geld- und Kapitalmarktdarlehen aufgenommen werden. Es besteht ein Zugang zu den Offenermarktgeschäften der Bundesbank, der im Geschäftsjahr 2017 jedoch nicht in Anspruch genommen wurde.

Die bis Jahresende 2017 noch relevante Liquiditätskennzahl gemäß Liquiditätsverordnung bewegte sich im Jahresverlauf 2017 jederzeit oberhalb der aufsichtsrechtlichen Mindesthöhe von 1,0. Per 31.12.2017 lag sie bei 1,48 (Vj.: 1,42).

Die Liquidity Coverage Ratio (LCR) gemäß der Delegierten Verordnung (EU) 2015/16 zu den Liquiditätsdeckungsanforderungen bewegte sich im Jahresverlauf 2017 ebenfalls jederzeit oberhalb der aufsichtsrechtlichen Mindesthöhe von 1,0. Per 31.12.2017 betrug diese 1,39 (Vj.: 1,35).

Operationelle Risiken

Zu den operationellen Risiken zählt die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder aufgrund externer Einflüsse eintreten können. Diese Definition umfasst auch Rechtsrisiken. Einem Ausfall von IT-Systemen wird durch den Einsatz umfangreicher Sicherungssysteme entgegengewirkt. Darüber hinaus bestehen entsprechende Notfallpläne und Vereinbarungen, in denen die Maßnahmen und Verantwortlichkeiten dokumentiert sind. Die Risiken in den Kern- und Unterstützungsprozessen der LBS werden durch systemimmanente Prüfungen und Kontrollen der risikobehafteten Arbeitsabläufe weitgehend begrenzt. Zur Verbesserung der Steuerung operationeller Risiken setzt die LBS eine Schadensfalldatenbank ein.

Markt- und Absatzrisiken

Für die LBS bestehen Markt- und Absatzrisiken insbesondere in der hohen Wettbewerbsintensität im Bauspargeschäft, in

der privaten Baufinanzierung und im Vorsorgegeschäft. Weitere Einflussfaktoren sind das Kundenverhalten, das von der Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Rahmendaten (z. B. Zinsniveau und staatliche Förderung) geprägt wird, sowie die geschäftspolitische Ausrichtung der Hauptvertriebspartner der LBS. Eine aus dem hohen Vermittlungsanteil der Sparkassen resultierende Konzentration bei den Markt- und Absatzrisiken wird bewusst eingegangen und steht im Einklang mit der Geschäftsstrategie der LBS. Der Ausrichtung auf die Sparkassen stehen wesentliche Vorteile im Rahmen einer gemeinsamen Marktbearbeitung gegenüber.

Im Rahmen der Steuerung der Markt- und Absatzrisiken stellt die LBS im Wesentlichen auf eine intensive Marktbeobachtung, eine attraktive Produkt-, Konditions- und Provisionspolitik sowie neben dem eigenen Außendienst auf eine enge Zusammenarbeit mit den schleswig-holsteinischen Sparkassen und der Haspa ab.

Im Hinblick auf die zunehmende Digitalisierung hat die LBS in Verbindung mit ihrer Strategie zur digitalen Transformation Handlungsbedarfe identifiziert und in einem gesonderten Bebauungsplan konkretisiert. Mit der Realisierung LBS-interner Umsetzungsschritte im Hinblick auf Auswirkungen auf die Unternehmenskultur, die Aufbau- und Ablauforganisation sowie IT-Systeme auf Basis des dynamischen Bebauungsplans wurde in 2017 im Rahmen von Maßnahmen bzw. Projekten begonnen. Wegen der steigenden Bedeutung der medialen Vertriebswege und Vermittlungsplattformen werden die Chancen, die aus dieser Entwicklung resultieren, in Zusammenarbeit mit den Vertriebspartnern ausgestaltet.

Aus der Geschäftsstrategie werden konsequent jährliche Marktanteils- und Umsatzziele abgeleitet. Die Zielerreichungsgrade werden laufend überwacht und kommuniziert, Abweichungen analysiert und ggf. Gegensteuerungsmaßnahmen getroffen.

Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

Die LBS verfügt in der Gesamtschau über ausreichende Instrumente zur Steuerung, Überwachung und Kontrolle der Risiken des Geschäftsbetriebs einer Bausparkasse. Im Berichtsjahr 2017 hat die LBS die geltenden aufsichtsrechtlichen Vorschriften zu Liquidität und Eigenkapital jederzeit erfüllt. Die Risikotragfähigkeit der LBS war zu jedem Zeitpunkt gegeben. Im Rahmen der aktualisierten Planung wurden Stressszenarien, die hinsichtlich des Grads ihrer Ausprägung als wenig wahrscheinlich, aber nicht unmöglich eingestuft werden können, auf langfristige Risikotragfähigkeit geprüft. Die Ergebnisse zeigen, dass ein dauerhaftes Anhalten der extremen Niedrigzinsphase die Ertragskraft signifikant beeinflusst und zu einer Substanzgefährdung führt. Bestandsgefährdende Risiken bestehen nicht.

Prognose- und Chancenbericht

Die aktuellen Prognosen aus Forschungsinstituten und internationalen Organisationen gehen für 2018 mehrheitlich von einem fortgesetzten Aufschwung der Weltwirtschaft aus. Allerdings schweben einige große Risiken über diesem Ausblick. Die Gefahr wieder auflebender protektionistischer Tendenzen besteht weiterhin. Geopolitische Risiken aus militärischen Konflikten und Terror können jederzeit kurzfristige Schocks auslösen. Zu den politischen Störfaktoren gehören in Europa der Brexit und darüber hinaus die unklaren Perspektiven der institutionellen Weiterentwicklung der EU und des Euroraums. All diese Risiken sind für Konjunkturprognosen kaum konkret zu kalkulieren. Die einschlägigen Vorhersagen gehen in ihren Hauptszenarien davon aus, dass die Wirtschaftsentwicklung nicht in größerer Dimension beeinträchtigt wird. Tatsächlich hat sich das Wachstum in den letzten Jahren immer wieder weitgehend immun gegenüber den komplexen Risikolagen erwiesen.

In einem solchen freundlichen außenwirtschaftlichen Umfeld kann auch die deutsche Wirtschaft ihren Aufschwung kraftvoll fortsetzen. Der Hauptantrieb stützt sich hierzulande auf die Binnennachfrage und ihre robusten Fundamente. Die gute Beschäftigungslage und Einkommensentwicklung, anhaltend günstige Finanzierungsbedingungen, die Abwesenheit von breiten kreditfinanzierten Überkapazitäten und die soliden Staatsfinanzen verleihen der deutschen Wirtschaft eine sehr solide Basis.

Das deutsche Bruttoinlandsprodukt könnte 2018 insgesamt um rund 2,5 % wachsen.

Die Deutsche Bundesbank veranschlagt ein Wachstum der privaten Konsumausgaben um 1,7 % sowie des staatlichen Verbrauchs um 1,8 %. Die Sparquote der privaten Haushalte würde in diesem Szenario ein Stück zulegen und wohl die Zehn-%-Marke überschreiten.

Sollte es in 2018 im fünften Jahr in Folge zu einem Wachstum über dem Potenzialpfad und einer weiter steigenden Kapazitätsauslastung kommen, dürfte die Investitionstätigkeit überproportional zulegen. Die Bundesbank veranschlagt für die Bruttoanlageinvestitionen einen Anstieg um gut 4 %, dabei – anders als noch 2017 – die Unternehmensinvestitionen mit über 4,5 % als die stärkere Teilkomponente im Vergleich mit dem Wohnungsbau. Aber auch der Wohnungsbau dürfte sich mit einem Produktionswachstum von annähernd 3 % immer noch recht dynamisch entwickeln.

Der Kernnutzen des Bausparens als gleichermaßen sicheres und flexibles Immobilienfinanzierungsinstrument entspricht den Bedürfnissen breiter Bevölkerungsschichten. Diese Bedürfnisse erfüllt die LBS mit verständlichen, zinssicheren Produkten und qualifizierter Beratung. Der Nutzen des Bausparens wird durch die Ergänzung der bundesweiten Kommunikation um regionale

Kampagnen, die Kunden mit persönlich relevanten Botschaften emotional ansprechen, vermittelt.

Als kompetenter Ansprechpartner in allen Fragen, die Bau, Kauf oder Modernisierung einer Immobilie betreffen unterstützt die LBS mit zielgruppenspezifische Finanzierungsmodellen sowie Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen und hilft dabei, frühzeitig ein finanzielles Polster aufzubauen. Für das laufende Jahr plant die LBS eine Anpassung ihres Tarifangebots.

Marktforschungsergebnisse belegen die nachhaltige Beliebtheit der Immobilie als Altersvorsorge. Dieser Trend wird durch das niedrige Marktzinsniveau verstärkt, da sich hierdurch die Bedeutung der frühzeitigen Altersvorsorge generell erhöht und zugleich die Attraktivität der Immobilie als Altersvorsorgeinstrument aufgrund der gesunkenen Renditen alternativer Anlagen zunimmt. Unter diesen Rahmenbedingungen haben sich Wohn-Riester-Bausparverträge als Altersvorsorge-Produkt etabliert.

In der laufenden Planungsperiode geht die LBS für die Gesamtbanksteuerung aufgrund der anhaltenden expansiven Geldpolitik der EZB von einem langfristig konstanten Zins auf niedrigem Niveau aus. Neben der konsequenten Umsetzung und Weiterführung der erkannten beziehungsweise bereits eingeleiteten Maßnahmen zur Bewältigung der Herausforderungen aus der Niedrigzinsphase bleibt die organisatorische Ausrichtung auf die festgelegten strategischen Schwerpunkte eine Kernaufgabe der LBS. Zu diesen Schwerpunkten zählen die Verankerung der Kundenzentrierung in der Ablauf- und Aufbauorganisation, der Auf- und Ausbau des Plattformgeschäfts und die weitere digitale Transformation. Der Fokus liegt auf Maßnahmen, die zu mehr Kunden- und Marktnähe führen oder die durch Effizienzsteigerungen die hierfür nötigen Handlungs- und Gestaltungsspielräume verschaffen. In 2018 wird eine Prozessautomatisierung über den Einsatz von Robotic Process Automation (RPA) pilotiert.

Im kommenden Jahr rechnet die LBS mit einem Neugeschäftszuwachs und einer Behauptung ihrer Marktposition. In 2018 soll die Vertriebsleistung auf 1,9 Mrd. € Bruttobausparsumme gesteigert werden, in den nachfolgenden Jahren wird von einem konstanten Neugeschäft ausgegangen. Der Marktanteil wird Ende 2018 bei 36 % erwartet.

Die Umsetzung der in 2017 entwickelten Kundenstrategie unterstützt maßgeblich die Weiterentwicklung der LBS zu einer kundenzentrierten Organisation. Die definierten Leitplanken leiten sich aus konkreten Kundenerwartungen ab und sind zu einem großen Teil digital geprägt, d.h. Kunden aber auch Vertriebspartner erwarten zunehmend, mit der LBS digital kommunizieren und interagieren zu können. So unterstützt die LBS ab 2018 die Expertenzuschaltung eines LBS-Beraters per Video in der Sparkasse und stellt sich in der Kundentelefonie fachlich ganzheitlicher und direkt im Markt auf. Kommunikation über Messenger und Ausweitung der Erreichbarkeit stehen im Fokus der weiteren Entwicklungen. Die Einholung von Kundenfeedback über den Net Promotor Scor wird auf digitale Kanäle ausgeweitet. Es gilt, das Instrument insbesondere im digitalen Umfeld der Sparkassen zu etablieren.

Aufgrund der anhaltend niedrigen Finanzierungskonditionen und der hohen Immobiliennachfrage erwartet die LBS weiterhin eine hohe Nachfrage für das außerkollektive Kreditgeschäft. Neuabschlüsse werden etwas unter dem Niveau des abgelaufenen Geschäftsjahres erwartet und dürften die Fälligkeiten übersteigen. Für den außerkollektiven Darlehensbestand wird ein spürbares Wachstum erwartet. Die LBS stellt seit Ende 2016 mit FINMAS einen weiteren Vertriebskanal für die Kreditvermittlung zur Verfügung. In 2018 sind weitere Optimierungen der Schnittstellen mit dem Ziel einer höheren Effizienz der Prozessschritte in der Marktfolgebearbeitung geplant.

Das kollektive Kreditgeschäft wird auch in 2018 durch hohe Darlehensverzichte und Tilgungsleistungen geprägt sein. Jüngere Tarife mit niedrigerer Darlehensverzinsung werden zunehmend in die Zuteilung kommen, können den rückläufigen Trend aber noch nicht kompensieren, so dass der Rückgang im kollektiven Darlehensbestand weiter anhalten wird. Der Bestand an Baudarlehen insgesamt wird aufgrund des Anstiegs im außerkollektiven Kreditgeschäft auf dem Niveau des abgelaufenen Geschäftsjahres erwartet. Die LBS bestätigt damit ihre Position als Immobilienfinanzierer.

Die Bauspareinlagen werden weiter kontinuierlich ansteigen, so dass für 2018 wieder mit einem leichten Anstieg der Bilanzsumme gerechnet wird.

Die erwarteten Zuteilungen werden durch höhere Spareinzahlungen und Tilgungsbeträge in 2018 mehr als kompensiert, so dass für den kollektiven Cashflow ein deutlicher Überschuss erwartet wird. Die kollektive Liquidität ist auch in den Folgejahren jederzeit sichergestellt.

Der laufende Zinsüberschuss wird in 2018 zurückgehen, da sowohl die Geldanlage als auch die außerkollektiven Darlehen unmittelbar durch das niedrige Zinsniveau beeinflusst werden. Der durchschnittliche Zinsaufwand für Bauspareinlagen wird in 2018 aufgrund der relativ günstig verzinsten Spargeldeingänge aus jüngeren Tarifgenerationen sowie Maßnahmen aus dem aktiven Bestands- und Produktmanagement weiter sinken. Nach einem weiteren leichten Rückgang wird mit steigender Trägheitsreserve und aufgrund der eingeleiteten Steuerungsmaßnahmen bis zum Ende des 5-Jahres-Planungszeitraums mit einer Stabilisierung des Zinsüberschusses gerechnet.

Das Provisionsergebnis wird wesentlich durch das Neugeschäftsvolumen und die bereits in 2013 eingeführten Tarife mit

Jahresentgelt beeinflusst. Im Planungszeitraum kommt es zu einer zunehmenden Entlastung im Provisionsergebnis.

Der Verwaltungsaufwand wird sich auf dem Niveau des abgelaufenen Geschäftsjahres stabilisieren.

Aufgrund der Auslagerung der Pensionsverpflichtungen spielt der Abzinsungsaufwand für Pensionsrückstellungen, der sich im Saldo aus den sonstigen ordentlichen Erträgen und Aufwendungen niederschlägt, nur noch eine untergeordnete Rolle. Es wird kein nennenswertes sonstiges betriebliches Ergebnis erwartet.

Auch in 2018 wird von erheblichen finanziellen, personellen und organisatorischen Anforderungen an die Institute durch weitere regulatorische Vorgaben sowie umfassende Verbraucherschutzvorschriften ausgegangen.

Das Jahresergebnis 2018 wird aufgrund des Zinsniveaus niedrige Gewinnmargen aufweisen, und leicht unter dem Niveau des abgelaufenen Geschäftsjahres liegen.

Die in diesem Lagebericht enthaltenen vorausschauenden Aussagen beruhen auf heutigen Erwartungen und bestimmten Annahmen und bergen daher eine Reihe von Risiken und Ungewissheiten. Geschäftsaktivitäten der LBS werden zudem von Faktoren, die außerhalb der Steuerungsmöglichkeiten der LBS liegen, beeinflusst. Tatsächliche Ergebnisse können wesentlich von den zukunftsgerichteten Aussagen abweichen.

Sonstiges

Verbundene Unternehmen

Gemäß § 312 AktG hat die LBS über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen einen Bericht erstellt. Dieser schließt

mit: „Wir erklären, dass die LBS Bausparkasse Schleswig-Holstein-Hamburg AG im Berichtsjahr 2017 nach den Umständen, die uns in dem Zeitpunkt bekannt waren, in dem Rechtsgeschäfte mit dem SGVSH oder einem mit ihm verbundenen Unternehmen vorgenommen wurden, bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhielt. Maßnahmen auf Veranlassung oder im Interesse des SGVSH oder eines mit ihm verbundenen Unternehmens hat unsere Gesellschaft weder getroffen noch unterlassen.“

Einlagensicherung

Die LBS ist als Mitglied des Sicherungsfonds der Landesbausparkassen dem als Einlagensicherungssystem anerkannten institutsbezogenen Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe angeschlossen.

Mitgliedschaften

Die Bausparkasse gehört u.a. folgenden Verbänden und Vereinen an:

- Deutscher Sparkassen- und Giroverband e.V., Berlin,
- Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands, VÖB, e.V., Berlin,
- Hanseatischer Sparkassen- und Giroverband, Hamburg,
- Europäische Bausparkassenvereinigung, Brüssel,
- Grundeigentümer-Verband Hamburg, Hamburg

Kiel/Hamburg, den 23.03.2018

LBS Bausparkasse Schleswig-Holstein-Hamburg AG

Der Vorstand



Jens Grelle



Birgitta Göttelmann

BILANZ

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2017

Aktivseite

	EUR	EUR	EUR	TEUR Vorjahr
1. Barreserve				
a) Kassenbestand		7.657,62		7
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken		<u>165.125,26</u>		<u>168</u>
darunter:				
bei der Deutschen Bundesbank	165.125,26 EUR		172.782,88	(168)
				175
2. Forderungen an Kreditinstitute				
andere Forderungen			559.154.157,62	546.711
darunter:				
täglich fällig	9.471.104,05 EUR			(11.514)
3. Forderungen an Kunden				
a) Baudarlehen				
aa) aus Zuteilungen (Bauspardarlehen)		160.537.500,94		192.889
ab) zur Vor- und Zwischenfinanzierung		1.101.384.978,30		1.085.782
ac) sonstige		<u>66.095.141,95</u>		<u>39.963</u>
darunter			1.328.017.621,19	1.318.634
durch Grundpfandrechte gesichert	1.001.174.641,25 EUR			(1.025.698)
b) andere Forderungen		<u>42.202.585,44</u>		<u>22.374</u>
			1.370.220.206,63	1.341.008
4. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
Anleihen und Schuldverschreibungen				
a) von öffentlichen Emittenten			236.262.617,81	125.513
darunter:				
beliehbar bei der Deutschen Bundesbank	236.262.617,81 EUR			(125.513)
b) von anderen Emittenten			94.430.974,93	104.710
darunter:				
beliehbar bei der Deutschen Bundesbank	84.127.276,29 EUR			(94.406)
			330.693.592,74	230.223
5. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			373.114.096,71	364.173
6. Beteiligungen			3.221,13	3
7. Anteile an verbundenen Unternehmen			260.000,00	260
8. Immaterielle Anlagewerte				
a) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		6.051.352,04		105
b) geleistete Anzahlungen		<u>0,00</u>		<u>5.196</u>
			6.051.352,04	5.301
9. Sachanlagen			11.600.607,45	14.839
10. Sonstige Vermögensgegenstände			5.823.022,13	4.156
11. Rechnungsabgrenzungsposten			<u>196.565,42</u>	<u>305</u>
Summe der Aktiva			<u>2.657.289.604,75</u>	<u>2.507.154</u>

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2017

Passivseite

	EUR	EUR	EUR	TEUR Vorjahr
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) Bauspareinlagen		69.057.764,21		65.821
darunter :				
auf gekündigte Verträge	0,00 EUR			(0)
auf zugeteilte Verträge	0,00 EUR			(0)
b) andere Verbindlichkeiten		<u>99.994.583,35</u>		<u>67.997</u>
			169.052.347,56	133.818
darunter :				
täglich fällig	69.998.033,35 EUR			(67.997)
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Einlagen aus dem Bauspargeschäft und Spareinlagen				
Bauspareinlagen		2.302.858.920,92		2.194.387
darunter:				
auf gekündigte Verträge	21.094.571,63 EUR			(23.795)
auf zugeteilte Verträge	42.907.016,52 EUR			(38.963)
b) andere Verbindlichkeiten				
täglich fällig		<u>8.618.476,23</u>		<u>9.836</u>
			2.311.477.397,15	2.204.223
3. Sonstige Verbindlichkeiten			18.851.071,31	6.792
4. Rechnungsabgrenzungsposten			75.201,40	150
5. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		10.847.788,00		8.296
b) Steuerrückstellungen		6.741.230,00		7.462
c) andere Rückstellungen		<u>9.665.038,25</u>		<u>18.244</u>
			27.254.056,25	34.002
6. Fonds zur baupartechnischen Absicherung			675.698,81	676
7. Fonds für allgemeine Bankrisiken			18.165.562,83	18.166
8. Eigenkapital				
a) Grundkapital		21.739.130,00		21.739
b) Kapitalrücklage		77.208.282,52		77.208
c) Bilanzgewinn		<u>12.790.856,92</u>		<u>10.380</u>
			<u>111.738.269,44</u>	<u>109.327</u>
Summe der Passiva			<u>2.657.289.604,75</u>	<u>2.507.154</u>
Andere Verpflichtungen				
Unwiderrufliche Kreditzusagen			90.435.901,52	66.141

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017

	EUR	EUR	EUR	TEUR Vorjahr
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften				
aa) Bauspardarlehen	6.453.742,20			8.616
ab) Vor- und Zwischenfinanzierungskredite	35.708.209,67			37.684
ac) sonstige Baudarlehen	1.457.984,11			1.027
ad) sonstige Kredit- und Geldmarktgeschäfte	<u>10.671.288,97</u>			<u>10.687</u>
		54.291.224,95		58.014
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		6.538.811,63		8.984
			60.830.036,58	66.998
2. Zinsaufwendungen				
a) für Bauspareinlagen		31.212.783,62		31.874
b) andere Zinsaufwendungen	21.981,47			20
Positive Zinsen auf Geldaufnahmen	<u>-236.649,96</u>			<u>-167</u>
		<u>-214.668,49</u>		<u>(-147)</u>
			30.998.115,13	31.727
3. Laufende Erträge aus				
Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			4.983.819,77	7.460
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			773.708,79	756
5. Provisionserträge				
a) aus Vertragsabschluss und -vermittlung		14.689.839,70		14.877
b) aus der Darlehensregelung nach der Zuteilung		1.441,13		26
c) andere Provisionserträge		<u>2.087.032,10</u>		<u>1.985</u>
			16.778.312,93	16.888
6. Provisionsaufwendungen				
a) Provisionen für Vertragsabschluss und -vermittlung		16.888.968,78		16.427
b) andere Provisionsaufwendungen		<u>1.861.816,59</u>		<u>1.306</u>
			18.750.785,37	17.733
7. Sonstige betriebliche Erträge			3.009.682,40	10.422
8. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	14.635.733,08			14.186
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Alters- versorgung und für Unterstützung	<u>4.231.392,92</u>			<u>12.288</u>
		18.867.126,00		26.474
darunter: für Altersversorgung	1.810.804,66 EUR			(9.736)
b) andere Verwaltungsaufwendungen		<u>13.953.875,50</u>		<u>12.718</u>
			32.821.001,50	39.192
9. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			1.039.164,62	982
10. Sonstige betriebliche Aufwendungen			2.156.408,38	4.225
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			387.928,63	0
12. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft			0,00	537
13. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			2.682.250,00	16.741
14. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			<u>2.904.406,84</u>	<u>25.943</u>
15. Außerordentliche Erträge			0,00	8
16. Außerordentliche Aufwendungen			0,00	9.843
17. Außerordentliches Ergebnis			<u>0,00</u>	<u>-9.835</u>
18. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			451.784,17	10.434
19. Sonstige Steuern			42.077,43	40
20. Jahresüberschuss			<u>2.410.545,24</u>	<u>5.634</u>
21. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr			<u>10.380.311,68</u>	<u>4.746</u>
22. Bilanzgewinn			<u>12.790.856,92</u>	<u>10.380</u>

ANHANG

Allgemeine Angaben

Die Gesellschaft ist im Handelsregister beim Amtsgericht Kiel unter der Nr. HRB 6126 KI und im Handelsregister beim Amtsgericht Hamburg unter der Nr. HRB 102253 eingetragen.

Der Jahresabschluss ist nach den Vorschriften des Aktiengesetzes, des Handelsgesetzbuchs und den ergänzenden Vorschriften der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute aufgestellt. Die in den gesetzlichen Formblättern vorgesehenen, aber nicht belegten Posten werden nicht ausgewiesen.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sind zum Nennwert bilanziert. Bei der Abschlussgebühr auf Riester-Verträge wird der Barwert als beizulegender Wert angesetzt. Für erkennbare Risiken sind Wertberichtigungen in ausreichender Höhe gebildet und von den Forderungen abgesetzt worden.

Die dem Anlagevermögen zugeordneten Schuldverschreibungen in Höhe von nominal 328.000 TEUR werden nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet.

Die Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen sind zum Anschaffungswert ausgewiesen.

Die Sachanlagen sowie die immateriellen Anlagewerte sind mit den Anschaffungskosten, vermindert um die Abschreibungen, angesetzt. Die Abschreibung für das jeweilige Wirtschaftsgut wird nach der Nutzungsdauer vorgenommen. Wirtschaftsgüter im Wert von über 150,00 EUR bis 1.000,00 EUR werden in einem Sammelposten zusammengefasst, der gleichmäßig über

5 Jahre aufgelöst wird. Geringwertige Wirtschaftsgüter bis zu einer Höhe von 150,00 EUR werden im Jahr der Anschaffung als Aufwand gebucht.

Die sonstigen Vermögenswerte sind zum Nennwert ausgewiesen. Sämtliche Verbindlichkeiten sind mit dem Erfüllungsbetrag bilanziert. Die im passiven Rechnungsabgrenzungsposten enthaltenen Agien werden im Wesentlichen nach der Zinsstaffelmethode auf die durchschnittliche Darlehenslaufzeit bezogen aufgelöst.

Die Pauschalwertberichtigungen für Kredite wurden grundsätzlich nach den Vorgaben des BMF-Schreibens vom 10.01.1994, jedoch ohne den steuerlich notwendigen Abschlag von 40 %, gebildet.

Die LBS verfügt über diverse Zusagen auf betriebliche Altersversorgung in Form von unmittelbaren Pensionszusagen, für die entsprechende Pensionsrückstellungen gebildet wurden.

Zur Absicherung und Finanzierung der Pensionsansprüche und als Reaktion auf die handelsbilanziellen Belastungen aufgrund der Niedrigzinsphase wurden wesentliche Teile der Versorgungsverpflichtungen zum 31.12.2016 in einen nicht versicherungsförmigen Pensionsfonds überführt.

Die Pensionsrückstellungen und mittelbaren Pensionsverpflichtungen werden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen unter Anwendung der Richttafeln 2005G von Prof. Heubeck nach den Bestimmungen § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB ermittelt. Als Bewertungsverfahren wurde die „Projected Unit Credit Method“ verwendet. Es wurde ein Rechnungszins von 3,67 %, ein Gehalts- und Karrieretrend von 2,2 %, ein Rententrend von bis zu 2,0 %,

ein Beitragsbemessungsgrundlagetrend von 2,0 % sowie eine Inflationssteigerung von 1,5 % zu Grunde gelegt. Der Berechnung liegt das frühest mögliche Renteneintrittsalter zu Grunde.

Der maßgebliche Abzinsungssatz nach § 253 Abs. 2 HGB wird seit der Änderung der handelsrechtlichen Regelungen für die Bewertung von Altersversorgungsverpflichtungen durch den Bundestag im Februar 2016 verpflichtend über einen Durchschnitt der letzten 10 Jahre (bisher 7 Jahre) berechnet.

Die in 2015 unter Anwendung der Übergangsregelung des Artikels 67 Abs. 1 Satz 1 EGHGB i.V.m. Artikel 67 Abs. 2 EGHGB noch nicht erfolgte Zuführung zu den Pensionsrückstellungen von 9.843 TEUR wurde vollständig nachgeholt und wurde im Vorjahr im außerordentlichen Aufwand ausgewiesen.

Für die in den Pensionsfonds überführten Verpflichtungen haftet die LBS weiterhin subsidiär nach § 1 Abs. 1 Satz 3 BetrAVG. Aus der Durchführung von Altersversorgungsverpflichtungen über externe Versorgungsträger resultieren am Bilanzstichtag keine Fehlbeträge (Summe der Unterdeckungen bezogen auf den jeweiligen notwendigen Erfüllungsbetrag der Versorgungsverpflichtungen nach § 340a Abs. 1 i.V.m. § 253 Abs. 1 Satz 2, Abs. 2 HGB), für die gemäß Art. 28 Abs. 1 Satz 2 EHGB keine Rückstellungen passiviert wurden.

Die anderen Rückstellungen werden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags angesetzt; Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr sind mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre abgezinst.

Von der Saldierungsmöglichkeit in der Gewinn- und Verlustrechnung nach § 340c Abs. 2 HGB und nach § 340f Abs. 3 HGB wurde Gebrauch gemacht.

Von dem Wahlrecht zur Aktivierung latenter Steuern wurde kein Gebrauch gemacht. Passive latente Steuern bestehen zum Stichtag nicht.

Zur Beurteilung eines möglichen Rückstellungsbedarfs nach § 340a i.V.m. § 249 Abs. 1 Satz 1 Alt. 2 HGB für einen Verpflichtungsüberschuss aus dem Geschäft mit zinsbezogenen Geschäften des Bankbuchs wurde eine barwertige Betrachtungsweise gewählt. Die relevanten Bilanzpositionen (unter Berücksichtigung ihrer jeweiligen Zinsbindung; für das Kollektiv unter Ansatz der Ablauffiktion der LBS gemäß der Zinsänderungsrisikomessung) und erwartete Risiko- und Kosten-Cashflows (im Zeitverlauf entsprechend dem Volumen der Bilanzpositionen abnehmend) wurden barwertig verdichtet. Im Berichtsjahr wurde eine Methodenänderung bei der Berechnung der Ablauffiktion (Verwendung sowohl historischer Bestandsabläufe als auch baupartechnischer Simulationen) und bei der angesetzten Verzinsung im Kollektiv vorgenommen. Eine Rückstellung für Drohverluste ist nicht erforderlich.

Erläuterungen zur Bilanz

Aktiva

Forderungen an Kreditinstitute

Pos. A 2

Die anderen Forderungen an Kreditinstitute gliedern sich in die folgenden Restlaufzeiten:

■ bis drei Monate	TEUR	9.471
■ über 3 Monate bis 1 Jahr	TEUR	5.116
■ über 1 Jahr bis 5 Jahre	TEUR	86.813
■ über 5 Jahre	TEUR	457.754

Die bereitgestellten, noch nicht ausgezahlten Baudarlehen an Kreditinstitute beliefen sich zum Jahresende auf 20.996 TEUR.

Forderungen an Kunden

Pos. A 3

Die rückständigen Zins- und Tilgungsleistungen aus Bauspardarlehen, Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten sowie sonstigen Baudarlehen betragen am Jahresende 525 TEUR oder 0,04 % der gesamten Baudarlehen.

Am Jahresende waren 19 Zwangsversteigerungsverfahren anhängig.

Die bereitgestellten, noch nicht ausgezahlten Baudarlehen an Kunden beliefen sich zum Jahresende auf 179.449 TEUR.

Sie setzen sich wie folgt zusammen:

Nicht ausgezahlte bereitgestellte Baudarlehen

■ aus Zuteilungen	TEUR	93.968
■ zur Vor- und Zwischenfinanzierung	TEUR	74.417
■ Sonstige	TEUR	11.064

Forderungen an Kunden gliedern sich in die folgenden Restlaufzeiten:

■ bis drei Monate	TEUR	43.772
■ über 3 Monate bis 1 Jahr	TEUR	97.965
■ über 1 Jahr bis 5 Jahre	TEUR	426.754
■ über 5 Jahre	TEUR	801.729

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Pos. A 4

Alle ausgewiesenen Schuldverschreibungen sind börsennotiert.

Im Folgejahr werden von den ausgewiesenen Schuldverschreibungen einschließlich der abgegrenzten Zinsen 10.045 TEUR fällig.

Grundsätzlich werden die Schuldverschreibungen bis zur Endfälligkeit im Bestand gehalten. Die im Jahr gekauften Schuldverschreibungen werden bei Anschaffung je nach Liquiditätsbedarf unter Berücksichtigung der Verordnung über die Liquidität der Institute (LiqV) dem Umlauf- oder dem Anlagevermögen zugeordnet. Der Nennwert der Schuldverschreibungen im Anlagevermögen betrug 328.000 TEUR. Der Buchwert dieser Papiere (ohne anteilige Zinsen) beträgt 326.665 TEUR. Der beizulegende Zeitwert beläuft sich zum Bilanzstichtag auf 347.173 TEUR.

Es wurden Abschreibungen in Höhe von 2.381 TEUR vermieden. Die Abschreibungen unterblieben, da für diese Papiere Dauerhalteabsicht besteht und keine Bonitätsrisiken erkennbar waren.

Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Pos. A 5

In dieser Bilanzposition werden Spezialfondsanteile mit dem Anlageziel Renten ausgewiesen.

Die Anteile aller Fonds sind nicht börsennotiert. Stille Reserven liegen insgesamt in Höhe von 8.635 TEUR vor. Ausschüttungen wurden in 2017 in einer Höhe von 4.984 TEUR vorgenommen. Beschränkungen bei der täglichen Rückgabe sowie unterbliebene Abschreibungen gab es keine.

Die Entwicklung der Spezialfonds stellt sich wie folgt dar:

Anlagevermögen		Marktwert	Buchwert
BayernInvest Spezialfonds Nr. 1			
Stand 01.01.2017	TEUR	95.460	92.741
Zugänge aus Kauf 2017	TEUR		1.258
Stand 31.12.2017	TEUR	96.434	93.999
BayernInvest Spezialfonds Nr. 2			
Stand 01.01.2017	TEUR	72.537	71.589
Zugänge aus Kauf 2017	TEUR		865
Stand 31.12.2017	TEUR	73.072	72.454
Deka Spezialfonds Nr. 2			
Stand 01.01.2017	TEUR	82.634	79.646
Zugänge aus Kauf 2017	TEUR		6.819
Stand 31.12.2017	TEUR	90.346	86.465
Umlaufvermögen			
Deka Spezialfonds Nr. 1			
Stand 01.01.2017	TEUR	122.988	120.196
Stand 31.12.2017	TEUR	121.897	120.196

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen

Pos. A 6/7

Die LBS hält die folgenden Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen.

Gesellschaft	Kapital		Höhe der Beteiligung
	TEUR		
LBS Immobilien GmbH (LBSI), Kiel	TEUR	260	100,00 %
LBS IT Informations-Technologie GmbH & Co KG (LBS IT), Berlin	TEUR	77	4,20 %
LBS Software-Vermarktungs GbR, Kiel, Münster, als uneingeschränkt haftender Gesellschafter	TEUR	0	50,00 %

Zwischen der LBS und der LBSI besteht ein Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag. Aus dem Gewinn 2017 sind der LBS 774 TEUR zugeflossen. Das Ergebnis für die LBS Software-Vermarktungs GbR aus dem Jahr 2017 beträgt 0 EUR. Die Beteiligungen enthalten keine börsennotierten Wertpapiere.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Pos. A 8/9

Die ausgewiesenen Sachanlagen dienen ausschließlich dem eigenen Geschäftsbetrieb. Die Grundstücke und Gebäude, die im Jahr 2006 zur Rettung von Forderungen in der Zwangsversteigerung erworben wurden, wurden zum 01.01.2017 veräußert.

Die immateriellen Anlagewerte beinhalten die Standardsoftware für den eigenen Geschäftsbetrieb der LBS. Die Umbuchung betrifft die in 2017 in Betrieb genommene Software OSPlus-LBS.

Anlagenpiegel

		Sachanlagen		Immaterielle Anlagewerte		Finanzanlagen			
		Grundstücke und Gebäude	Betriebs- und Geschäftsausstattung	Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	Geleistete Anzahlungen	Beteiligungen	Anteile an verbundenen Unternehmen	Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere
Historische Anschaffungs-/ Herstellungskosten	01.01.2017	21.767	8.211	4.738	5.195	112	260	227.030	243.976
Zugänge	2017	0	320	1.062	0	0	0	129.788	8.942
Abgänge	2017	3.021	773	289	0	109	0	30.084	0
Umbuchungen	2017	0	0	5.195	-5.195	0	0	0	0
Historische Anschaffungs-/ Herstellungskosten	31.12.2017	18.746	7.758	10.706	0	3	260	326.734	252.918
Historische Abschreibungen/ Wertberichtigungen	01.01.2017	8.187	6.952	4.633	0	109	0	97	0
Zugänge	2017	362	366	310	0	0	0	0	0
Abgänge	2017	235	729	288	0	109	0	28	0
Historische Abschreibungen/ Wertberichtigungen	31.12.2017	8.314	6.589	4.655	0	0	0	69	0
Buchwert	31.12.2016	13.580	1.259	105	5.195	3	260	226.933	243.976
Buchwert	31.12.2017	10.432	1.169	6.051	0	3	260	326.665	252.918

Sonstige Vermögensgegenstände

Pos. A 10

In dieser Position sind enthalten:

- Steuererstattungsansprüche TEUR 2.768
- Forderungen an verbundene Unternehmen TEUR 843
- Provisionsvorschüsse an den Außendienst TEUR 796

Passiva

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Pos. P 1

Die anderen Verbindlichkeiten an Kreditinstitute gliedern sich in die folgenden Restlaufzeiten:

■ bis drei Monate	TEUR	99.995
■ über 3 Monate bis 1 Jahr	TEUR	-
■ über 1 Jahr bis 5 Jahre	TEUR	-
■ über 5 Jahre	TEUR	-

Anteilige Zinsen sind dem ersten Fristenband zugeordnet worden.

Die von Kreditinstituten aufgenommenen Fremdgelder in Höhe von 99.995 TEUR dienen ausschließlich der Refinanzierung der außerkollektiven Baudarlehen.

Sonstige Verbindlichkeiten

Pos. P 3

Ab 2017 erfolgt der Ausweis der Provisionsverpflichtungen aus der Vermittlung von Bausparverträgen vollständig unter den sonstigen Verbindlichkeiten.

In dieser Position sind enthalten:

■ Provisionsverpflichtungen gegenüber der Sparkassengruppe	TEUR	9.729
■ Provisionsverpflichtungen gegenüber dem Außendienst	TEUR	3.523
■ Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	TEUR	30

Rechnungsabgrenzungsposten

Pos. P 4

In dem passiven Rechnungsabgrenzungsposten sind im Wesentlichen Agien/Disagien in Höhe von 75 TEUR enthalten.

Rückstellungen

Pos. P 5

Die Verringerung der sonstigen Rückstellungen resultiert aus dem veränderten Ausweis der Provisionsverpflichtungen aus der Vermittlung von Bausparverträgen 0 TEUR (Vorjahr: 12.163 TEUR) unter sonstigen Verbindlichkeiten. Die sonstigen Rückstellungen enthalten mit 3.573 TEUR im Wesentlichen Rückstellungen für Super- und Bestandsprovisionen und mit 3.450 TEUR Personalrückstellungen.

Fonds zur baupartechnischen Absicherung

Pos. P 6

Für das Jahr 2017 wird gemäß § 8 BausparkV keine Zuführung zum Fonds vorgenommen.

Fonds für allgemeine Bankrisiken

Pos. P 7

Der Fonds für allgemeine Bankrisiken dotiert zum Jahresende mit 18.166 TEUR.

Eigenkapital

Pos. P 8

Das Eigenkapital der LBS gliedert sich wie folgt:

■ Grundkapital	TEUR	21.739
■ Kapitalrücklage	TEUR	77.208
■ Bilanzgewinn	TEUR	12.791

Das Grundkapital ist eingeteilt in 2.173.913 Aktien ohne Nennbetrag (Stückaktien) von jeweils 10 EUR. Alle Aktien lauten auf den Namen.

Per 31.12.2017 weist die LBS einen Jahresüberschuss in Höhe von 2.411 TEUR aus.

Andere Verpflichtungen

Die unwiderruflichen Kreditzusagen betragen 90.436 TEUR.

Gewinn- und Verlustrechnung

Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren

Pos. G+V 3

Im Jahr 2017 wurden Ausschüttungen aus dem Spezialfonds in Höhe von 4.984 TEUR vereinnahmt.

Sonstige betriebliche Erträge

Pos. G+V 7

In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind Mieterträge (417 TEUR), Kostenerstattungen (359 TEUR), Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (322 TEUR) und periodenfremde Erträge aufgrund zurückgebuchter Aufwendungen der Vorjahre (147 TEUR) enthalten.

Sonstige betriebliche Erträge/Personalaufwand

Pos. G+V 7/G+V 8a)

In den Personalaufwendungen des Geschäftsjahres sind mit 310 TEUR Aufwendungen von Mitarbeitern für die LBS Immobilien GmbH enthalten. Korrespondierend hierzu werden in gleicher Höhe Erstattungen durch die LBS Immobilien GmbH unter den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen.

Personalaufwand

Pos. G+V 8a)

Im Vorjahr wurden Aufwendungen für die Altersversorgung in Höhe von 9.623 TEUR im Zusammenhang mit der Überführung der Pensionsverpflichtungen ausgewiesen.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Pos. G+V 10

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind periodenfremde Aufwände aufgrund zurückgebuchter Erträge der Vorjahre in Höhe von 759 TEUR und die Zinsaufwendungen für

die Pensionsverpflichtungen nach § 253 Abs. 2 HGB in Höhe von 1.007 TEUR sowie für andere Rückstellungen in Höhe von 115 TEUR enthalten.

Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft

Pos. G+V 11

Die Vorsorgereserven nach § 340f HGB wurden im Jahr 2017 nicht verändert (7.543 TEUR).

Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren

Pos. G+V 13

Die in dieser Position ausgewiesenen Erträge resultieren aus dem vorzeitigen Verkauf von Wertpapieren.

Außerordentliche Aufwendungen

Pos. G+V 16

Die im Vorjahr ausgewiesenen außerordentlichen Aufwendungen entfallen ausschließlich auf die vollständige Zuführung zu den Pensionsrückstellungen gem. Artikel 67 Abs. 1 EGHGB.

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Pos. G+V 18

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag werden in Höhe von 452 TEUR ausgewiesen, davon betreffen Erträge aus Steuererstattungen in Höhe von 143 TEUR die Vorjahre.

Sonstige Angaben

Anteilsbesitz

Die auf die Allianz Pensionsfonds AG übertragenen Versorgungsverpflichtungen sowie die zur Erfüllung der Verpflichtungen zugeordneten Deckungsmittel qualifizieren grundsätzlich als Tochter-Zweckgesellschaft der LBS nach § 340i Abs. 2 Satz 1 i.V.m. § 290 Abs. 2 Nr. 4 HGB. Aufgrund der untergeordneten Bedeutung der Tochter-Zweckgesellschaft (sowie der übrigen nicht einbezogenen Tochterunternehmen einzeln und in Summe) für ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage besteht gemäß § 290 Abs. 5 i.V.m. § 296 Abs. 2 HGB keine Verpflichtung zur handelsrechtlichen Konzernrechnungslegung.

Würde die LBS – bezogen auf die Tochter-Zweckgesellschaft – von dem Einbeziehungswahlrecht keinen Gebrauch machen, so wären in dem dann aufzustellenden handelsrechtlichen Konzernabschluss der LBS die Deckungsmittel (handelsrechtliches Deckungsvermögen), bewertet mit dem beizulegenden Zeitwert, und Pensionsverpflichtungen (Deckungsrückstellungen), bewertet mit den geschäftszweigspezifischen Wertansätzen bei dem nicht-versicherungsförmigen Pensionsfonds, sowie die damit zusammenhängenden zu verrechnenden Aufwendungen und Erträge der Tochter-Zweckgesellschaft zu verrechnen.

Die LBS Immobilien GmbH, Kiel ist nach § 296 Abs. 2 HGB von untergeordneter Bedeutung.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Für die folgenden Geschäftsjahre bestehen Verpflichtungen aus Mietverträgen in folgender Höhe:

Geschäftsjahr	■ 2018	insgesamt	TEUR	862
	■ 2019	insgesamt	TEUR	862
	■ 2020	insgesamt	TEUR	862

Die LBS ist über die Sicherungseinrichtung der Landesbausparkassen dem bundesweiten Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe angeschlossen. Das Sicherungssystem ist im Hinblick auf das am 3. Juli 2015 in Kraft getretene Einlagensicherungsgesetz neu geordnet und von der BaFin anerkannt worden. Nach § 17 Abs. 2 EinSiG müssen die Einlagensicherungssysteme dafür sorgen, dass ihre verfügbaren Finanzmittel bis zum Ablauf des 3. Juli 2024 mindestens eine Zielausstattung von 0,8 % der gedeckten Einlagen nach § 8 Abs. 1 EinSiG betragen. Die Beiträge zur Sicherungseinrichtung der Landesbausparkassen werden auf Basis der gedeckten Einlagen und des Risikos der Mitgliedsinstitute ermittelt und jährlich neu festgelegt.

Die LBS hat von den Möglichkeiten des § 18 Abs. 2 EinSiG Gebrauch gemacht und einen Teil des Jahresbeitrags zur Einlagensicherung in Form von in vollen Umfang abgesicherten Zahlungsansprüchen geleistet. Die zu diesem Zweck bereitgestellten Sicherheiten belaufen sich auf insgesamt 756 TEUR.

Mitarbeiter

Anzahl der Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt 2017

	weiblich	männlich	insgesamt
Vollzeitbeschäftigte	77	79	156
Teilzeitbeschäftigte	67	14	81
LBS	144	93	237

Kredite an Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats

Forderungen nach § 34 Abs. 2 Nr. 2 RechKredV bestanden am 31.12.2017 gegenüber Aufsichtsratsmitgliedern in Höhe von 218 TEUR, gegenüber Vorstandsmitgliedern bestanden keine Forderungen.

Bezüge des Aufsichtsrats

An die Mitglieder des Aufsichtsrats hat die LBS 120 TEUR an Vergütung gezahlt.

Bezüge des Vorstands

Von der Befreiung der Angabe der Gesamtbezüge des Vorstands und der für ehemalige Vorstände gebildeten Pensionsrückstellungen wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch gemacht.

Gesamthonorar Abschlussprüfer

Im Geschäftsjahr wurde für die Abschlussprüfung ein Gesamthonorar in Höhe von 207 TEUR und für andere Bestätigungsleistungen ein Honorar in Höhe von 84 TEUR erfasst.

Bekanntmachung gemäß § 20 Abs. 6 AktG

Die HASPA Finanzholding, Hamburg hat uns gemäß § 20 Abs. 1 AktG mitgeteilt, dass ihr aufgrund des vorgeschriebenen Erwerbs mehr als der vierte Teil der Aktien der LBS Bausparkasse Schleswig-Holstein-Hamburg AG gehört.

Nachtragsbericht

Nach Ablauf des Geschäftsjahres 2017 bis zur Erstellung des Jahresabschlusses sind keine Ereignisse eingetreten, die für die Bausparkasse von wesentlicher Bedeutung sind und zu einer anderen Beurteilung der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens führen könnten.

Gewinnverwendung

Die LBS weist nach Abzug aller Steuern einen Jahresüberschuss von 2.411 TEUR aus. Unter Berücksichtigung des Gewinnvortrags in Höhe von 10.380 TEUR aus dem Vorjahr beträgt der Bilanzgewinn 12.791 TEUR. Der Vorstand wird der Hauptversammlung vorschlagen, den Bilanzgewinn in voller Höhe auf das nächste Geschäftsjahr vorzutragen.

Seit der Änderung der handelsrechtlichen Regelungen für die Bewertung von Altersversorgungsverpflichtungen besteht gemäß § 253 Abs. 6 S.2 HGB eine Ausschüttungssperre für den nach § 253 Abs. 6 S.1 HGB ermittelten Unterschiedsbetrag. Der Unterschiedsbetrag beläuft sich für die LBS auf 1.988 TEUR.

Organe der Bausparkasse

Aufsichtsrat

Reinhard Boll

Präsident des Sparkassen- und Giroverbandes für Schleswig-Holstein

- Vorsitzender -

Jürgen Marquardt

Mitglied des Vorstandes der Hamburger Sparkasse AG

- ab 03. April 2017 Stellvertretender Vorsitzender –

Dr. Jörg Wildgruber

Bankkaufmann

- Stellvertretender Vorsitzender -

(bis 03. April 2017)

Dr. Sören Abendroth

Sparkassendirektor

Vorsitzender des Vorstandes der Sparkasse Mittelholstein AG

(ab 03. April 2017)

Ulrich Boike

Sparkassendirektor

Stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes der Förde Sparkasse

Rainer Burghardt

Sparkassendirektor

Vorsitzender des Vorstandes der Kreissparkasse Herzogtum

Lauenburg

(bis 30. Juni 2017)

Marc Oliver Cybulski

Sparkassendirektor

Vorsitzender des Vorstandes der Stadtparkasse Wedel

Sabine Diedrichsen

LBS Bausparkasse Schleswig-Holstein-Hamburg AG

Andreas Fohrmann

Sparkassendirektor

Vorsitzender des Vorstandes der Sparkasse Südholstein

Thorsten Giele

Leiter Vertriebsmanagement Private Kunden der Hamburger Sparkasse AG

(ab 03. April 2017)

Wolfgang Pötschke

Sparkassendirektor i.R.

Vorsitzender des Aufsichtsrates der Sparkasse zu Lübeck AG

Frank Schumacher

Sparkassendirektor

Vorsitzender des Vorstandes der Sparkasse zu Lübeck AG

Helge Steinmetz

Regionalbereichsleiter Firmenkunden

Hamburger Sparkasse AG

(bis 03. April 2017)

Thorsten Stockfleth

Vorsitzender des Vorstandes der Sparkasse Elmshorn

(ab 01. Juli 2017)

Melanie Tolle

Beteiligungsmanagement Sparkassen und Finanzdienstleister der HASPA Finanzholding

(ab 03. April 2017)

Dr. Cirsten Witt

Kaufmännische Angestellte

Hamburg

(bis 03. April 2017)

Vorstand

Jens Grelle

- ab 01. September 2017 Vorsitzender -

Birgitta Göttelmann

- Mitglied des Vorstandes -

(ab 01. September 2017)

Peter Magel

- Vorsitzender -

(bis 31. August 2017)

Kiel/Hamburg, den 23.03.2018

LBS Bausparkasse Schleswig-Holstein-Hamburg AG

Der Vorstand

Grelle

Göttelmann

ANGABEN NACH § 26A KWG „OFFENLEGUNG DURCH DIE INSTITUTE“

<p>1. Firmenbezeichnung</p> <p>Art der Tätigkeit und geographische Lage der Niederlassungen</p>	<p>LBS Bausparkasse Schleswig-Holstein-Hamburg AG, 24145 Kiel</p> <p>Gegenstand des Unternehmens ist die Entgegennahme von Bauspareinlagen, die Gewährung von Bauspardarlehen und die hiermit zusammenhängenden zulässigen Geschäfte in ihrem Geschäftsgebiet Schleswig-Holstein und Hamburg.</p>
<p>2. Umsatz Die Ermittlung erfolgt auf Basis handelsrechtlicher Rechnungslegung</p>	<p>36,6 Mio. EUR</p>
<p>3. Anzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger in Vollzeitäquivalenten</p>	<p>203,4 VAK</p>
<p>4. Gewinn oder Verlust vor Steuern</p>	<p>2.904 TEUR</p>
<p>5. Steuern auf Gewinn oder Verlust</p>	<p>494 TEUR</p>
<p>6. Erhaltene öffentliche Beihilfen</p>	<p>0 TEUR</p>
<p>7. Kapitalrendite</p>	<p>0,09 %</p>

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die LBS Bausparkasse Schleswig-Holstein-Hamburg AG, Kiel und Hamburg

VERMERK ÜBER DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der LBS Bausparkasse Schleswig-Holstein-Hamburg AG, Kiel und Hamburg, — bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2017 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2017 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden — geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der LBS Bausparkasse Schleswig-Holstein-Hamburg AG für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2017 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2017 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2017 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und Prüfung des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt.

Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben.

Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutendsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Ge-

schäftsjahr vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2017 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Wir haben folgende Sachverhalte als besonders wichtige Prüfungssachverhalte identifiziert:

- 1. Einführung der neuen Kernbanksoftware
- 2. Bewertung der Forderungen an Kunden
- 3. Auswirkungen der anhaltenden Niedrigzinsphase auf die verlustfreie Bewertung von zinsbezogenen Geschäften des Bankbuchs

1. Einführung der neuen Kernbanksoftware

Sachverhalt

In 2017 hat die LBS Bausparkasse Schleswig-Holstein-Hamburg AG ihre bisherige Kernbanksoftware zur Verwaltung des Bauspargeschäftes durch eine neue Software abgelöst. Die Migration auf ein neues Kernbanksystem war für unsere Prüfung von besonderer Bedeutung, da hiermit regelmäßig Änderungen in vielen rechnungslegungsrelevanten Prozessen und Arbeitsabläufen und somit auch des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems verbunden sind. Die korrekte Übernahme der Datenbestände und die Verlässlichkeit des neuen rechnungslegungsbezogenen IT-Systems ist wesentlich, um die Vollständigkeit und Richtigkeit der für den Jahresabschluss erforderlichen Daten zu gewährleisten und daher ein besonders wichtiger Prüfungssachverhalt.

Die Angaben der Bausparkasse zur Migration der Kernbanksoftware sind im Abschnitt „Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen“ des Anhangs enthalten.

Prüferische Reaktion und Erkenntnisse

Im Rahmen unserer Prüfung des Sachverhalts haben wir die von der LBS Bausparkasse Schleswig-Holstein-Hamburg AG zur Sicherung der Funktionsfähigkeit der neuen Software und der Vollständigkeit der Datenübernahme getroffenen Test- und Freigabeverfahren auf ihre Angemessenheit beurteilt. Hierbei haben wir überprüft, ob die Testverfahren angemessen berücksichtigen, dass das Kernbanksystem so eingerichtet und parametrisiert ist, dass Bausparverträge angemessen bearbeitet und rechnungslegungsrelevante Daten verlässlich produziert werden können. Darüber hinaus haben wir die Maßnahmen und Kontrollen zur vollständigen und richtigen Übernahme der rechnungslegungsrelevanten Daten aus dem Altsystem beurteilt. Die von der LBS Bausparkasse Schleswig-Holstein-Hamburg AG durchgeführten Tests und Kontrollen in Bezug auf die Funktionsweise des neuen Kernbanksystems und die Datenmigration haben wir in einer bewussten Auswahl daraufhin überprüft, ob Kontroll- und Testergebnisse nachvollziehbar ermittelt sowie dokumentiert waren. Des Weiteren haben wir in einer bewussten Auswahl überprüft, ob während der und im Nachgang zur Migration identifizierte Fehler angemessen bearbeitet wurden.

Hierbei konnten wir uns überzeugen, dass die LBS Bausparkasse Schleswig-Holstein-Hamburg AG im Zusammenhang mit der Migration auf die Kernbanksoftware angemessene Vorkehrungen und Prozesse eingerichtet hat.

2. Bewertung der Forderungen an Kunden

Sachverhalt

Im Jahresabschluss der LBS Bausparkasse Schleswig-Holstein-Hamburg AG werden unter dem Bilanzposten „Forderungen an Kunden“ Baudarlehen in Höhe von TEUR 1.328.018 sowie andere Forderungen in Höhe von TEUR 42.203 ausgewiesen. Die Beurteilung der Werthaltigkeit dieser Forderungen beruht

in einem hohen Maße auf Einschätzungen und Annahmen der gesetzlichen Vertreter. Da bei geschätzten Werten ein erhöhtes Risiko falscher Angaben in der Rechnungslegung besteht und der Posten betragsmäßig wesentlich ist, war die Werthaltigkeit der Forderungen an Kunden für uns ein wichtiger Prüfungssachverhalt.

Die Angaben der Bausparkasse zu den Forderungen an Kunden und deren Bewertung sind im Abschnitt „Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ des Anhangs enthalten.

Prüferische Reaktion und Erkenntnisse

Im Rahmen unserer Prüfung haben wir die Angemessenheit des Verfahrens zur Bewertung von Forderungen an Kunden einschließlich der Bildung von Einzelwertberichtigungen im Rahmen einer Aufbauprüfung beurteilt und mit Kontrolltests die Wirksamkeit der Kontrollen nachvollzogen. Darüber hinaus haben wir anhand einer bewussten Auswahl Einzelfallprüfungen bezüglich der Bewertung von Forderungen an Kunden einschließlich der Bildung und Höhe von Einzelwertberichtigungen durchgeführt. Im Rahmen dieser Einzelfallprüfungen haben wir anhand der von den Kreditnehmern vorgelegten und von der LBS Bausparkasse Schleswig-Holstein-Hamburg AG analysierten Unterlagen zu den wirtschaftlichen Verhältnissen der Kreditnehmer die von der Bausparkasse beurteilte Kapitaldienstfähigkeit der Kunden nachvollzogen. Bei von Kreditnehmern gestellten Sicherheiten haben wir im Rahmen einer bewussten Auswahl deren angemessene Bewertung und Berücksichtigung bei der Ermittlung der Wertberichtigungen durch die Bausparkasse überprüft.

Die von den gesetzlichen Vertretern bei der Beurteilung der Werthaltigkeit der Forderungen an Kunden und der Bildung von Einzelwertberichtigungen getroffenen Einschätzungen und Annahmen sind insgesamt nachvollziehbar.

3. Auswirkungen der anhaltenden Niedrigzinsphase auf die verlustfreie Bewertung von zinsbezogenen Geschäften des Bankbuchs

Sachverhalt

Die anhaltende Niedrigzinsphase belastete das Zinsergebnis der LBS Bausparkasse Schleswig-Holstein-Hamburg AG. Daraus könnte sich ein Verpflichtungsüberschuss verbunden mit der Notwendigkeit der Bildung einer Drohverlustrückstellung ergeben. Hierzu hat die LBS Bausparkasse Schleswig-Holstein-Hamburg AG die am 31. Dezember 2017 zinstragenden Bestände unter Maßgabe der kollektiven Annahmen fortgeschrieben und den barwertigen Aktivüberhang um die verbarwerteten Risikokosten und Verwaltungsaufwendungen gemindert. Im Ergebnis zeigte sich ein Aktivüberhang. Eine Drohverlustrückstellung wurde deshalb von den gesetzlichen Vertretern nicht gebildet. Da das Zinsgeschäft eine wesentliche Ertragskomponente der Bausparkasse darstellt und die bei der Fortschreibung der zinstragenden Bestände getroffenen Annahmen mit erheblichen Schätzungsunsicherheiten verbunden sind, liegt aus unserer Sicht ein besonders wichtiger Prüfungssachverhalt vor.

Die Angaben der Bausparkasse zur Überprüfung möglicher Verpflichtungsüberschüsse aus schwebenden Geschäften mit zinsbezogenen Finanzinstrumenten des Bankbuchs sind im Abschnitt „Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ des Anhangs enthalten.

Prüferische Reaktion und Erkenntnisse

Vor dem oben genannten Hintergrund haben wir die von den gesetzlichen Vertretern der LBS Bausparkasse Schleswig-Holstein-Hamburg AG getroffenen Einschätzungen zur bilanziellen Berücksichtigung von Verpflichtungsüberschüssen aus schwebenden Geschäften mit zinsbezogenen Finanzinstrumenten des Bankbuchs beurteilt. Dabei haben wir insbesondere geprüft,

ob das von den gesetzlichen Vertretern verwendete, von der Gruppe der Landesbausparkassen entwickelte Bewertungsmodell geeignet ist, das Zinsbuch nach Maßgabe der IDW-Stellungnahme zur Rechnungslegung (IDW RS BFA 3 n.F.) auf potenzielle Verluste zu überprüfen, und ob dabei nachvollziehbare Annahmen zugrunde gelegt wurden.

Hierbei konnten wir uns überzeugen, dass das von der LBS Bausparkasse Schleswig-Holstein-Hamburg AG implementierte Verfahren angemessen erscheint, mögliche bilanzierungspflichtige Verpflichtungsüberschüsse aus schwebenden Geschäften mit zinsbezogenen Finanzinstrumenten des Bankbuches zu erkennen und abzubilden.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen die übrigen Teile des Geschäftsberichts, mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses und Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zum Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen — beabsichtigten oder unbeabsichtigten — falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich

für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder

insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang

mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige

Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir wurden von der Hauptversammlung am 3. April 2017 als Abschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 26. Oktober 2017 vom Aufsichtsrat beauftragt. Wir sind ununterbrochen seit dem Geschäftsjahr 2012 als Abschlussprüfer der LBS Bausparkasse Schleswig-Holstein-Hamburg AG, Kiel und Hamburg, tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Aufsichtsrat nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Herr Björn Butte.

Hamburg, 23. März 2018

BDO AG

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

gez. Dr. Zemke
Wirtschaftsprüfer

gez. Butte
Wirtschaftsprüfer

BERICHT DES AUF SICHTSRATS DER LBS BAUSPARKASSE SCHLESWIG-HOLSTEIN-HAMBURG AG

Der Aufsichtsrat und der aus seiner Mitte gebildete Grundsatzausschuss haben im Berichtsjahr ihre gesetzlichen und satzungsmäßigen Aufgaben wahrgenommen und sich regelmäßig, zeitnah und umfassend über die Geschäftsentwicklung der Bausparkasse, ihre wirtschaftliche Lage und Risikosituation sowie über wichtige Geschäftsvorfälle unterrichtet.

Alle wesentlichen Fragen wurden mit dem Vorstand in zwei Aufsichtsratssitzungen und drei Sitzungen des Grundsatzausschusses ausführlich erörtert. Aufgrund der nach wie vor herausfordernden Lage an den Finanzmärkten ließ sich der Aufsichtsrat ausführlich über die vom Vorstand fortgeführten Maßnahmen zur Stabilisierung des Zinsüberschusses und zur Senkung des Verwaltungsaufwands informieren. Er bewertete die Wirksamkeit des Risikomanagements und beriet den Vorstand hinsichtlich der strategischen Ausrichtung vor dem Hintergrund von Digitalisierung und geänderten Kundenverhalten. Hieraus abgeleitete aufbauorganisatorische Anpassungen zur kundenzentrierten Ausrichtung der LBS wurden mit dem Vorstand besprochen. Der Grundsatzausschuss war intensiv in die Festlegung der Prämissen für die Unternehmens- und Kapitalplanung eingebunden. Darüber hinaus wurde der Aufsichtsrat umfassend über den Abschluss des nationalen Projekts zur Vereinheitlichung des Kernbanksystems der LBS-Gruppe und den Planungen zu dessen Weiterentwicklung unterrichtet.

Der Aufsichtsrat war in alle Entscheidungen der LBS Bausparkasse Schleswig-Holstein-Hamburg AG einbezogen, die nach Gesetz oder Satzung der Zustimmung des Aufsichtsrats bedürfen. Darüber hinaus fanden auch zwischen den regulären Sitzungen Gespräche zwischen dem Vorstand der LBS und dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats statt, in denen bedeutsame Ereignisse des laufenden Geschäfts thematisiert wurden. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats ließ sich im Rahmen eines ausführlichen Gesprächs mit der Leitung der Internen Revision,

der Leitung des Risikocontrollings und der Personalleitung über deren Tätigkeitsbereiche unterrichten. Der Aufsichtsrat hat sich von der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung des Vorstands überzeugt und im Rahmen seiner Zuständigkeiten und Kompetenzen sowie insbesondere der Vorgaben von Gesetz und Satzung die ihm obliegenden Entscheidungen in seinen turnusmäßigen Sitzungen getroffen.

Aus dem Vorstand der LBS schied Herr Peter Magel zum 31.08.2017 aus. Als Nachfolgerin wurde Frau Birgitta Göttelmann, zuvor Generalbevollmächtigte der LBS, zum Vorstand bestellt. Herr Jens Grelle wurde mit Wirkung ab dem 01.09.2017 zum Vorsitzenden des Vorstands ernannt.

Die Herren Dr. Jörg Wildgruber, Helge Steinmetz und Rainer Burghardt sowie Frau Dr. Cirsten Witt sind im Jahresverlauf aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden. Im Rahmen der Ersatzwahl wurden die Herren Dr. Sören Abendroth, Thorsten Giele und Thorsten Stockfleth sowie Frau Melanie Tolle zu Mitgliedern des Aufsichtsrats bestellt.

Die von der Hauptversammlung zum Abschlussprüfer bestellte BDO AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hamburg, hat den vorgelegten Jahresabschluss zum 31.12.2017 und den Lagebericht geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Der Aufsichtsrat hat sich vorab einen Überblick über den Umfang und den zeitlichen Ablauf der Abschlussprüfung verschafft und stand während der Prüfungsarbeiten im regelmäßigen Kontakt mit dem Abschlussprüfer.

Der Jahresabschluss, der Lagebericht und der Bericht des Abschlussprüfers wurden dem Aufsichtsrat rechtzeitig vorgelegt. Der Abschlussprüfer berichtete in den Bilanzsitzungen von Grundsatzausschuss und Aufsichtsrat über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung. Nach eigener Prüfung und Erörterung

des Jahresabschlusses und des Lageberichts mit dem Abschlussprüfer hat der Aufsichtsrat von dem Prüfungsergebnis des Abschlussprüfers Kenntnis genommen und keine Einwendungen erhoben. Der Aufsichtsrat hat den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss gebilligt. Der Jahresabschluss ist damit gemäß § 172 AktG festgestellt. Dem Vorschlag des Vorstands zur Verwendung des Bilanzgewinns hat sich der Aufsichtsrat nach seiner Prüfung angeschlossen.

Außerdem hat der Aufsichtsrat den vom Vorstand gemäß § 312 AktG für das Geschäftsjahr 2017 vorgelegten Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen und den hierzu erstatteten Prüfungsbericht des Abschlussprüfers geprüft. Beide Prüfungen haben keinen Anlass zu Beanstandungen ergeben. Der Bericht des Abschlussprüfers enthält folgenden Bestätigungsvermerk:

„Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind,
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war.“

Nach dem abschließenden Ergebnis seiner eigenen Prüfung erhebt der Aufsichtsrat keine Einwendungen gegen die Erklärung des Vorstands am Schluss des Berichts über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen für das Geschäftsjahr 2017.

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der LBS für ihr großes Engagement und die erfolgreiche Arbeit im Geschäftsjahr 2017.

Hamburg, 18. April 2018

Der Aufsichtsrat

Reinhard Boll
- Vorsitzender -

BEWEGUNG DER ZUTEILUNGSMASSE

Statistischer Anhang zum Lagebericht

Bewegung der Zuteilungsmasse

A. Zuführungen	TEUR
I. Vortrag aus dem Vorjahr (Überschuss): noch nicht ausbezahlte Beträge	2.068.143
II. Zuführungen im Geschäftsjahr	
1. Sparbeiträge (einschließlich verrechneter Wohnungsbauprämien)	425.474
2. Tilgungsbeträge ¹⁾ (einschließlich verrechneter Wohnungsbauprämien)	83.461
3. Zinsen auf Bauspareinlagen (einschließlich Bonusgutschrift)	30.491
4. Sonstige	
Summe	2.607.569
<hr/>	
B. Entnahmen	
I. Entnahmen im Geschäftsjahr	
1. zugeteilte Summen, soweit ausbezahlt	
a) Bauspareinlagen	233.722
b) Bauspardarlehen	50.855
2. Rückzahlung von Bauspareinlagen auf noch nicht zugeteilte Bausparverträge	110.531
3. sonstige	
a) Rückzahlungen von Eigenmitteln	
b) Gebühren und sonstige Abgänge	
II. Überschuss der Zuführungen ²⁾ (noch nicht ausbezahlte Beträge) am Ende des Geschäftsjahres	2.212.460
Summe	2.607.569

Anmerkungen

¹⁾ Tilgungsbeträge sind die auf die reine Tilgung entfallenden Anteile der Tilgungsbeiträge	0
²⁾ in dem Überschuss der Zuführungen sind u.a. enthalten	
a) die noch nicht ausgezahlten Bauspareinlagen der zugeteilten Bausparer	32.350
b) die noch nicht ausgezahlten Bauspardarlehen aus Zuteilungen	82.614
c) die zur Zeit noch illiquiden Ausgleichsforderungen	-
d) Fonds zu bauspartechnischen Absicherung	676

BESTANDSBEWEGUNGEN

BESTANDSBEWEGUNGEN 2017 - Gesamtbestand

I. Übersicht über die Bewegung des Bestandes an nicht zugeteilten und zugeteilten Bausparverträgen und vertraglichen Bausparsummen

	Nicht zugeteilt		Zugeteilt		Insgesamt	
	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. Euro	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. Euro	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. Euro
A. Bestand am Ende des Vorjahres	391.956	13.577.896	33.153	933.325	425.109	14.511.220
B. Zugang im Geschäftsjahr durch:						
1. Neuabschlüsse (eingelöste Verträge)	33.544	1.617.694	0	0	33.544	1.617.694
2. Übertragung	2.496	89.638	203	4.955	2.699	94.594
3. Zuteilungsverzicht	7.188	165.014	0	0	7.188	165.014
4. Teilung	4.064	0	1	0	4.065	0
5. Zuteilung	0	0	22.848	609.856	22.848	609.856
6. Sonstiges	11.134	687.990	1.427	37.376	12.561	725.366
INSGESAMT	58.426	2.560.336	24.479	652.187	82.905	3.212.524
C. Abgang im Geschäftsjahr durch:						
1. Zuteilung	22.848	609.856	0	0	22.848	609.856
2. Herabsetzung	0	94.068	0	1.095	0	95.163
3. Auflösung (Kündigung)	20.020	595.035	10.780	290.441	30.800	885.476
4. Übertragung	2.496	89.638	203	4.955	2.699	94.594
5. Zusammenlegung	812	0	0	0	812	0
6. Vertragsablauf	0	0	7.978	222.756	7.978	222.756
7. Zuteilungsverzicht	0	0	7.188	165.014	7.188	165.014
8. Sonstiges	15.098	733.619	3.644	126.150	18.742	859.769
INSGESAMT	61.274	2.122.217	29.793	810.411	91.067	2.932.628
D. Reiner Zugang/Abgang	-2.848	438.118	-5.314	-158.224	-8.162	279.896
E. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	389.108	14.016.014	27.839	775.101	416.947	14.791.116

Davon entfallen auf Bausparer außerhalb des Bundesgebietes

II. Bestand an nicht eingelösten Verträgen

	Anzahl der Verträge	BS in Tsd. Euro
a) Abschlüsse vor dem 1.1.2017	11.817	556.366
b) Abschlüsse im Geschäftsjahr	10.248	624.164

III. Größenklassengliederung des nicht zugeteilten Vertragsbestandes Ende 2017

	Anzahl der Verträge	BS in Tsd. Euro
Euro bis 10.000	142.366	1.368.531
über 10.000 bis 25.000	102.237	1.816.129
über 25.000 bis 150.000	135.118	8.313.473
über 150.000 bis 500.000	8.997	1.991.754
über 500.000	390	526.128
Summe	389.108	14.016.014

IV. Die durchschnittl. Bausparsumme am Ende des Geschäftsjahres (Gesamtvertragsbestand) betrug

Euro 35.475

BESTANDSBEWEGUNGEN 2017 - Classic-Tarife

I. Übersicht über die Bewegung des Bestandes an nicht zugeteilten und zugeteilten Bausparverträgen und vertraglichen Bausparsummen

	Nicht zugeteilt		Zugeteilt		Insgesamt	
	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. Euro	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. Euro	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. Euro
A. Bestand am Ende des Vorjahres	239.635	11.681.581	28.485	863.143	268.120	12.544.724
B. Zugang im Geschäftsjahr durch:						
1. Neuabschlüsse (eingelöste Verträge)	25.496	1.511.343	0	0	25.496	1.511.343
2. Übertragung	1.701	78.132	169	4.551	1.870	82.682
3. Zuteilungsverzicht	3.339	115.685	0	0	3.339	115.685
4. Teilung	3.820	0	1	0	3.821	0
5. Zuteilung	0	0	15.189	515.474	15.189	515.474
6. Sonstiges	9.968	667.118	1.071	32.966	11.039	700.084
INSGESAMT	44.324	2.372.278	16.430	552.990	60.754	2.925.268
C. Abgang im Geschäftsjahr durch:						
1. Zuteilung	15.189	515.474	0	0	15.189	515.474
2. Herabsetzung	0	92.366	0	1.095	0	93.461
3. Auflösung (Kündigung)	12.249	501.123	7.061	246.133	19.310	747.256
4. Übertragung	1.701	78.132	169	4.551	1.870	82.682
5. Zusammenlegung	798	0	0	0	798	0
6. Vertragsablauf	0	0	7.038	210.028	7.038	210.028
7. Zuteilungsverzicht	0	0	3.339	115.685	3.339	115.685
8. Sonstiges	10.952	680.480	2.877	113.868	13.829	794.347
INSGESAMT	40.889	1.867.574	20.484	691.359	61.373	2.558.933
D. Reiner Zugang/Abgang	3.435	504.704	-4.054	-138.369	-619	366.335
E. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	243.070	12.186.285	24.431	724.774	267.501	12.911.059

Davon entfallen auf Bausparer außerhalb des Bundesgebietes

II. Bestand an nicht eingelösten Verträgen

	Anzahl der Verträge	BS in Tsd. Euro
a) Abschlüsse vor dem 1.1.2017	8.108	510.493
b) Abschlüsse im Geschäftsjahr	8.047	593.980

III. Größenklassengliederung des nicht zugeteilten Vertragsbestandes Ende 2017

				Anzahl der Verträge	BS in Tsd. Euro
Euro	bis	10.000		42.744	407.297
über	10.000	bis	25.000	61.928	1.158.024
über	25.000	bis	150.000	129.025	8.105.913
über	150.000	bis	500.000	8.983	1.988.923
über	500.000			390	526.128
Summe				243.070	12.186.285

IV. Die durchschnittl. Bausparsumme am Ende des Geschäftsjahres (Gesamtvertragsbestand) betrug

Euro 48.265

BESTANDSBEWEGUNGEN 2017 - Vario-Tarife

I. Übersicht über die Bewegung des Bestandes an nicht zugeteilten und zugeteilten Bausparverträgen und vertraglichen Bausparsummen

	Nicht zugeteilt		Zugeteilt		Insgesamt	
	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. Euro	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. Euro	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. Euro
A. Bestand am Ende des Vorjahres	149.814	1.843.336	3.642	48.047	153.456	1.891.382
B. Zugang im Geschäftsjahr durch:						
1. Neuabschlüsse (eingelöste Verträge)	8.031	105.911	0	0	8.031	105.911
2. Übertragung	775	11.073	31	349	806	11.422
3. Zuteilungsverzicht	3.808	48.496	0	0	3.808	48.496
4. Teilung	228	0	0	0	228	0
5. Zuteilung	0	0	7.538	92.104	7.538	92.104
6. Sonstiges	1.062	16.831	325	3.667	1.387	20.497
INSGESAMT	13.904	182.311	7.894	96.120	21.798	278.431
C. Abgang im Geschäftsjahr durch:						
1. Zuteilung	7.538	92.104	0	0	7.538	92.104
2. Herabsetzung	0	1.591	0	0	0	1.591
3. Auflösung (Kündigung)	7.635	90.813	3.643	42.773	11.278	133.586
4. Übertragung	775	11.073	31	349	806	11.422
5. Zusammenlegung	14	0	0	0	14	0
6. Vertragsablauf	0	0	758	9.118	758	9.118
7. Zuteilungsverzicht	0	0	3.808	48.496	3.808	48.496
8. Sonstiges	3.858	48.692	668	9.194	4.526	57.886
INSGESAMT	19.820	244.274	8.908	109.929	28.728	354.203
D. Reiner Zugang/Abgang	-5.916	-61.963	-1.014	-13.810	-6.930	-75.772
E. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	143.898	1.781.373	2.628	34.237	146.526	1.815.610

Davon entfallen auf Bausparer außerhalb des Bundesgebietes

II. Bestand an nicht eingelösten Verträgen

	Anzahl der Verträge	BS in Tsd. Euro
a) Abschlüsse vor dem 1.1.2017	3.709	45.873
b) Abschlüsse im Geschäftsjahr	2.201	30.184

III. Größenklassengliederung des nicht zugeteilten Vertragsbestandes Ende 2017

	Anzahl der Verträge	BS in Tsd. Euro
Euro bis 10.000	99.029	957.411
über 10.000 bis 25.000	39.436	644.656
über 25.000 bis 150.000	5.426	177.616
über 150.000 bis 500.000	7	1.690
über 500.000	0	0
Summe	143.898	1.781.373

IV. Die durchschnittl. Bausparsumme am Ende des Geschäftsjahres (Gesamtvertragsbestand) betrug

Euro 12.391

BESTANDSBEWEGUNGEN 2017 - T-Tarife

I. Übersicht über die Bewegung des Bestandes an nicht zugeteilten und zugeteilten Bausparverträgen und vertraglichen Bausparsummen

	Nicht zugeteilt		Zugeteilt		Insgesamt	
	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. Euro	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. Euro	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. Euro
A. Bestand am Ende des Vorjahres	2.507	52.978	1.026	22.135	3.533	75.113
B. Zugang im Geschäftsjahr durch:						
1. Neuabschlüsse (eingelöste Verträge)	17	441	0	0	17	441
2. Übertragung	20	433	3	56	23	490
3. Zuteilungsverzicht	41	833	0	0	41	833
4. Teilung	16	0	0	0	16	0
5. Zuteilung	0	0	121	2.278	121	2.278
6. Sonstiges	104	4.041	31	744	135	4.785
INSGESAMT	198	5.748	155	3.077	353	8.825
C. Abgang im Geschäftsjahr durch:						
1. Zuteilung	121	2.278	0	0	121	2.278
2. Herabsetzung	0	112	0	0	0	112
3. Auflösung (Kündigung)	136	3.100	76	1.534	212	4.634
4. Übertragung	20	433	3	56	23	490
5. Zusammenlegung	0	0	0	0	0	0
6. Vertragsablauf	0	0	182	3.611	182	3.611
7. Zuteilungsverzicht	0	0	41	833	41	833
8. Sonstiges	288	4.447	99	3.089	387	7.536
INSGESAMT	565	10.369	401	9.123	966	19.492
D. Reiner Zugang/Abgang	-367	-4.622	-246	-6.045	-613	-10.667
E. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	2.140	48.356	780	16.090	2.920	64.446

Davon entfallen auf Bausparer außerhalb des Bundesgebietes

II. Bestand an nicht eingelösten Verträgen

	Anzahl der Verträge	BS in Tsd. Euro
a) Abschlüsse vor dem 1.1.2017	0	0
b) Abschlüsse im Geschäftsjahr	0	0

III. Größenklassengliederung des nicht zugeteilten Vertragsbestandes Ende 2017

	Anzahl der Verträge	BS in Tsd. Euro
Euro bis 10.000	593	3.823
über 10.000 bis 25.000	873	13.448
über 25.000 bis 150.000	667	29.944
über 150.000 bis 500.000	7	1.140
über 500.000	0	0
Summe	2.140	48.356

IV. Die durchschnittl. Bausparsumme am Ende des Geschäftsjahres (Gesamtvertragsbestand) betrug

Euro 22.071



LBS Bausparkasse Schleswig-Holstein-Hamburg AG
Wellseedamm 14, 24145 Kiel
Behringstraße 120, 22763 Hamburg

www.lbs.de

Wir geben Ihrer Zukunft ein Zuhause.